

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 22. Oktober 1930
12. Jahrgang. Nummer 246

Arbeitsloste mit Ausnahme der Gewerkschaften, Bezugspreis: 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM. unter Streifenband 3 RM. Preis: Die beigesteuerte Arbeiterzeitschrift oder deren Nummer 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanfragen 6 Pf. Reklamepreis: Die beigesteuerte Arbeiterzeitschrift oder deren Nummer im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 6 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsredaktion: Postfach 10, Kreuzstr. 40, Tel. 500 98.
SPD-Verlag: Postfach 544, Rebellstr. 10, Kreuzstr. 40, Tel. 239 02. Druckerei: Rebellstr. 10-12, Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr. Filialredaktionen: Guben, Kreuzstr. 17, 18 Uhr. Glatz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Glogau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Grottkau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Hirschberg, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Jauer, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Leobschütz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Liegnitz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Oppeln, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Ratiboritz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Schweidnitz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Teschen, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Wroclaw, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Breslau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Danzig, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Königsberg, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Posen, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Stettin, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Thorn, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Warschau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Lodz, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Breslau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Danzig, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Königsberg, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Posen, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Stettin, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Thorn, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Warschau, Rebellstr. 10, 18 Uhr. Lodz, Rebellstr. 10, 18 Uhr.

Die letzte Rede vor Reichstagsvertagung

„Wir sind Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter“

Appell des Genossen Roenen an die sozialdemokratischen Arbeiter zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront und zum Kampf gegen die Brüning-Diktatur

Berlin, 20. Oktober. (Eigener Bericht.)

Zum Beschluß der Brüning-Parteien und der Sozialdemokraten auf Veranlassung des Reichstages bis zum 3. Dezember machte für die kommunistische Fraktion Genosse Roenen in der Sonntagfrüh-Sitzung folgende Ausführungen:

Roenen: Die Frage der Ansetzung der nächsten Sitzung dieses Reichstages ist eine Frage von großer politischer Bedeutung. Die gespannte Situation wird durch die Veranlassung des Reichstages um mehrere Wochen zu einer weiteren Verschärfung der Diktaturmaßnahmen der Brüning-Regierung führen. Neue kapitalistische Ausbeutervorschläge sollen in der Zeit durchgeführt werden. Wir protestieren gegen diese Absicht, ohne Zutritt des Reichstages unverzüglich die Diktaturmaßnahmen um so brutaler und rücksichtsloser durchzuführen zu lassen. Wir fordern, daß am Montag um 15 Uhr die nächste Sitzung des Reichstages stattfindet.

Die Entscheidung darüber, ob in dieser Stunde die Diktatur Brüning unverzüglich über der deutschen Arbeiterkraft wälzen soll, liegt bei der SPD. Die SPD. hat es in der Hand, beschließen zu lassen, daß der Kampf gegen die Diktaturmaßnahmen der Brüning-Regierung weitergeführt wird.

Die Ablehnung der Tagung für Montag bedeutet die Zustimmung zur Brüning-Diktatur.

Wenn Herr Straßer hier vom Staatsstreich der Brüning-Regierung reden konnte, so konnte er das nur, weil ihm die Sozialdemokratie dazu die Möglichkeit gegeben hat. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wenn die Nationalsozialisten im Laufe der ganzen Woche von einer Blamage zur anderen stolperten, wo sie sich wie die parlamentarischen Kinder hier aufgeführt haben, und wenn sie heute durch die Rede Straßers das erste Mal wieder dreist geworden sind, warum konnten sie das? Sie können diese Rolle, wieder dreist und frech zu werden, nur spielen,

weil die Sozialdemokratie die Steigbügelhalterin für Brüning macht.

Durch die Veranlassung des Hauses erlauben sie den Nationalsozialisten, den Ausmarsch demagogisch zu verstärken. Sie sind die Schutzwehr der Faschisten.

(Erneute Zustimmung bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten haben bereits der Brüning-Regierung die Notverordnung gestattet. Aber sie haben im Wahlkampf den Kampf gegen Brüning wegen der Notverordnung geführt, und

wir sind die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterkraft.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die sozialdemokratischen Arbeiter sind mit uns einig, wenn wir verlangen, daß am Montag die Frage des Siebenstundentages und des Ausbaues der Arbeitslosenversicherung auf die Tagesordnung gesetzt wird, ebenso unser Antrag, daß die Krisenunterstützungssätze auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützungssätze gebracht werden.

Angeht die drohende Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtes für die Metallarbeiter durch die Bürgerblock-Diktaturregierung fordern wir, daß die Aufhebung des geschlichen Schlichtungswesens auf die Tagesordnung gesetzt wird, weil es ein Unwesen gegen die Arbeiterkraft geworden ist.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden zustimmen, wenn wir fordern, daß die 600 000 Tonnen Getreide, die unter Verwaltung des sozialdemokratischen Ministerialdirektors Baabe in den Speichern lagern und verkommen, für die Arbeitslosen als Zusatznahrung zur Verfügung gestellt werden.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind mit uns der Überzeugung, daß die Lohnsteuer eine doppelte Schande ist, und fordern, daß unser Antrag auf Ausschreibung einer Millionärsteuer mit auf die Tagesordnung gesetzt und damit gezeitigt wird, welchen kapitalistischen Charakter diese Republik hat. Angeht die Drohungen, die während der ganzen Tagung von nationalsozialistischer Seite auf der Grundlage des Republikstiftungsgesetzes ausgesprochen worden sind, angeht die Tatsache der Anwendung dieses schändlichen Gesetzes durch Herrn Lohse als Thüringischer Minister, der Zeitungsverbote ausgesprochen hat, fordern wir schließlich, daß auf die Tagesordnung die Beilegung des Republikstiftungsgesetzes gesetzt wird, dessen Anwendung Straßer Ihnen (zu den Sozialdemokraten) gegenüber schon angekündigt hat. Das sind die Forderungen, die sofort entschieden werden müssen, bei denen man der Diktatur Brüning-Steinweg und dem Zentrum in den Arm fallen muß.

Wir fordern hier also eine Tagung am Montag und rufen die

Arbeiter auf, durch Streik in jeder nur möglichen Form gegen den Lohnraub, für die 40-Stundenwoche, für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und der Sozialrentner den Kampf auf parlamentarisch zu verstärken. Streik ist die Lösung des Tages. Streik ist die Antwort, die Sie verdienen, und diese Antwort werden Sie erhalten. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Der Verrat der Berliner Metallarbeiter wird vorbereitet

Stegerwald und Ulrich im Dienste der Metallkapitalisten

Berlin, 21. Oktober. (Eigener Drahtber.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beginnen heute neue Schlichtungsverhandlungen, die zum Ziele haben, den heldenmütigen Kampf der Berliner Metallarbeiter abzuwürgen. Ulrich, der hinter diesem Plan steht, tritt damit ganz offen in die Front des Verrats ein. Um diesem schändlichen Plan das Gelingen nicht von vornherein zu erschweren, soll dieser Verrat unter der Firma „Republik“ geschehen. Ein solches Vorgehen ist eine Verleumdung von der Partei der Arbeiter. „Der Rote Stern“ berichtet ignoriert, als es die Meldung aus den Reihen des ADGB verbreitete, wonach zur Durchführung des Brüning-Programms auf dem Weg über den Preisabbau der ADGB auch gegen eine Lohnsenkung nichts einzuwenden haben würde. Der Rädler-Freud Stegerwald läßt durch die bürgerlichen Presse-Agenturen zur besseren Durchführung des Betruges mitteln, daß er im gegenwärtigen Augenblick entscheidenden Wert darauf

legt, seine eigenen Anschauungen und Pläne noch nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Angeblich sollen dadurch die Verhandlungen gefördert werden. In Wirklichkeit sucht sowohl Stegerwald als auch Ulrich die Empörung nicht bloß der kämpfenden Metallarbeiter, sondern des ganzen roten Berlin. Deshalb Scheinverhandlungen. Hinter den Kulissen soll die Abwägung erst soweit vorbereitet werden, als die Arbeiter durch eine Übermittlung über den 31. Januar 1931 die alten Löhne belassen soll, bei dem Streik die Arbeiter von der Weiterführung des Kampfes abhalten. Ist dies gelungen, dann werden Stegerwald und Ulrich mit ihren wahren Absichten hervortreten und zur Durchführung bringen, was ihnen jetzt unmöglich ist. Diesen schändlichen Plan zu vernichten, muß Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands sein.

Oberschlesische Bergarbeiter organisieren Kampf

Hedwigwunsch- und Castellengrube wählen Kampfausschüsse — Für den Sieg der Berliner Metallarbeiter — Rundgebung der Erwerbslosen und streikenden Pflichtarbeiter in Hindenburg

Hindenburg. Am vergangenen Sonntag fanden die Belegschaftsversammlungen der Concordia- und der Castellengrube statt. In beiden Versammlungen sprach der Genosse Sobotta zum Kampf der ober-schlesischen Bergarbeiter und zum Streik der Berliner Metallarbeiter. Genosse Sobotta rechnete scharf mit dem Verleumder Lehmbriem vom Bergbauindustriearbeiterverband ab, der in einer der letzten Versammlungen der Concordia-Grube den Genossen S. der Unterdrückung bezichtigte. Lehmbriem hatte der Aufforderung, seine Behauptung nun in Anwesenheit des Genossen S. zu wiederholen, keine Folge geleistet. Dieser elende Verleumder hatte es vorgezogen, feige zu knifeln.

In der Versammlung der Castellengrube wurde ein Kampfausschuss aus 15 Mitgliedern gewählt.

In der vorigen Woche stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Hedwigwunsch-Grube wurde gleichfalls nach Stellungnahme zum bevorstehenden Kampf der Bergarbeiter ein Kampfausschuss aus zwölf Mitgliedern, darunter sechs Parteiloze und zwei Erwerbslose, gewählt. In der Belegschaftsversammlung der Concordia-Grube wurde zu

dem Kampf der Berliner Metallarbeiter nachstehende Entschiedenheit angenommen:

„Die heute, am 19. Oktober, stattfindende Belegschaftsversammlung der Concordia-Grube sendet den kämpfenden Berliner Metallarbeitern brüderliche Kampfegrüße. Die Belegschaftsversammlung wünscht den Berliner Metallarbeitern den vollen Sieg über die Berliner Metallindustriellen und ihre Helfershelfer, die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Die Versammlung ruft den Berliner Metallarbeitern zu:

Führt den Kampf unter der Führung der SPD., und dann werdet ihr siegen!

Auch wir organisieren den Kampf um Lohn und Brot unter der Führung der SPD.“

Am Montagabend fand in Hindenburg eine Rundgebung der Erwerbslosen und der streikenden Pflichtarbeiter auf dem Reigenplatz statt, die von über tausend Teilnehmern besucht war. Auf dieser Rundgebung gelobten die streikenden Pflichtarbeiter ihren begonnenen Kampf gegen die Buchhausarbeit weiterzuführen.

Das Faschistenpack mordet weiter

Frankfurt am Main, 21. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht zu Montag führten die Nationalsozialisten in einem Lokal in der Ribber Straße eine schwere Bluttat aus. Ein Nationalsozialist schlug den Arbeiter Breitenbach von hinten ein Bierbeil an den Kopf und zertrümmerte ihm den Schädel. Der Arbeiter wurde so verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb.

Schweidnitz, 21. Oktober. (Eig. Bericht.) Gestern wurde hier ein feiger Mordfall verübt. Drei Genossen wurden auf dem Wege von ihrer Pflichtarbeit kommend auf offener Straße überfallen und verletzt. Hinzukommende Arbeiter schlugen die Faschisten in die Flucht. In der Stadt herrscht eine ungeheure Erregung. Auf dem Wege sammelten sich Hunderte von Arbeitern, zu denen Genosse Kaufmann sprach. Die Polizei stellte sich wie immer auf die Seite der Faschisten. Sie veranfaltete eine Razzia und verhaftete eine Anzahl von Arbeitern. Auch Reichswehrsoldaten trafen sich den Nazis zur Verfügung. Heute um 19 Uhr findet eine Protestdemonstration statt.

Unter den Verhafteten befinden sich die Genossen Kaufmann, Perlich, Reimann und Kretschmer. Weitere Genossen werden noch gesucht.

Breslau, 21. Oktober. Der Raziot Blachetta überfiel gestern gegen 19 Uhr Schweidnitzer Straße einen kommunistischen Jungarbeiter. Er versetzte dem Jungarbeiter mit einem Stock mehrere heftige Schläge über den Kopf und Arm, so daß dabei sein Stock zerbrach. Der Jungarbeiter wurde ins Allerheiligen-Hospital geführt, wo er verbunden werden mußte. Daraufhin wurden Blachetta und der Jungarbeiter auf die Polizeiwache Hauptbahnhof geführt. Blachetta hatte sich dort sofort als ein guter Bekannter eines Polizeihauptmanns hin und sagte einem Polizeibeamten, „er solle dem Polizeihauptmann nur den Namen Blachetta sagen, das genügt.“ Im Moment war dieser Polizeibeamte ebenfalls freundlich zu dem Razioten. Trotzdem der Raziot Blachetta kaum eine schmerzliche Schramme von dem in seiner Abwehr handelnden Jungarbeiter mit einem Lederriemen bekommen hatte, belohnte der Jungarbeiter eine Anzahl seiner Kameraden.

Vor dem Kampf - im Ruhrbergbau

Ergebnislose Arbeitszeitverhandlungen

Essen, 20. Oktober (Eig. Bericht). Unter dem Druck der unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition stehenden Bergarbeiter waren die Bergarbeiterverbände gezwungen, das Arbeitszeitabkommen, das die im Mantelvertrag auf sieben Stunden festgelegte Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden verlängert, zu kündigen. Heute fanden in Essen die Verhandlungen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden über den Abschluss eines neuen Arbeitszeitabkommens statt. Der Zechenverband lehnte jede Kürzung der Arbeitszeit unter Tage ab. Die Unternehmer verlangen nicht nur Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit, sondern gleichzeitig eine Lohnkürzung um 10 Prozent. Die Verhandlungen sind gescheitert. Es wird angekündigt, daß Anfang November der Schlichter eingreifen soll. Über 76 000 Bergarbeiter streik im Laufe dieses Jahres von den Ruhrindustriellen auf die Straße geworfen. Ständig nimmt die Zahl der Feterschichten und Stilllegungen zu. In dieser Situation beharren die Industriellen auf der durch den seinerzeitigen Verrat der Gewerkschaftsinstanzen zustande gekommenen Arbeitszeitverlängerung der Bergarbeiter unter Tage und fordern gleichzeitig entsprechend der Parole der durch die SPD. gestützten Brüning-Regierung 10 Prozent und mehr Lohnkürzung. Unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben die Ruhrbergarbeiter in den entscheidenden Zechen bereits die Kämpfungen zum Streik für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Bildung von vorbereitenden Kampfausschüssen begonnen. Die Parole für die Ruhrbergarbeiter ist: Verbindung ihres Kampfes mit dem Kampf der Metallarbeiter zur Zurückschlagung des Generalangriffs der Unternehmer.

SPD. stützt die Held-Diktatur

Hilfsleistung der SPD. für den bayerischen Bürgerblock

München, 20. Oktober. Die seit Monaten dauernde bayerische Regierungskrise hat einen bemerkenswerten Abschluß gefunden. Sämtliche Parteien des Bayerischen Landtages, mit Ausnahme der Kommunisten, haben sich geeinigt, die Annahme eines Steuerprogramms zu ermöglichen.

Damit nimmt die Scheinopposition der Sozialdemokraten gegen die Held-Diktatur ein unrühmliches Ende. Nachdem die Ministerpräsidenten Erhardt Auerer von der Bayerischen Volkspartei mit Führern belohnt wurde, machen die Sozialdemokraten dasselbe in Bayern wie im Reich, sie ermöglichen bedingungslos die Durchführung des Ausplünderungsprogramms der Diktaturregierung. Bemerkenswert ist, daß die Hauptdifferenzen in der Steuerfrage in Bayern die Schlichter waren, die die Industrie in Bayern belastet. Es zeigt sich wieder einmal deutlich, daß die Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiter nicht wahrhaben können und die Interessen der Arbeiter nicht wahrhaben können.

Steigerung der Profite — 13 Prozent Lohnabbau

Der Bericht über die außerordentliche Steigerung des Reingewinns des Klöckner-Konzerns, zu dem auch die Deuser Motorenwerke gehören. Zur Illustration der Profitsteigerung des Klöckner-Konzerns dient die Tatsache, daß in den nächsten Tagen 200 Arbeiter zur Entlassung kommen. Gleichzeitig kündigt die Direktion eine Reduzierung der Arbeits- und Lohnsätze an, die durchschnittlich 13 Prozent beträgt.

Die christlichen und reformistischen Betriebsräte sind mit diesem Vorgehen der Direktion einverstanden. Sie sabotieren außerdem die Einberufung der schon wiederholt geforderten Betriebsratsversammlung. Sie handeln damit im Sinne der SPD-Politik, die die Brüning-Diktatur der Klöckner, Thyssen, Duisberg usw. stützt.

UDGB.-Ortsausfluß tritt der AGD. bei

Chemnitz, 20. Oktober. In seiner letzten Sitzung nahm der Ortsausfluß des UDGB. Elberwerda einen Bericht vom 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale entgegen. Nach einer gründlichen Diskussion wurde beschlossen, daß der Ortsausfluß sich kollektiv der AGD. anschließt; er fordert alle Ortsorganisationen auf, das gleiche zu tun und die Bildung von Betriebs- und Erwerbslosengruppen zu unterstützen. Der Ortsausfluß unterstützt die AGD. bei der Organisation des Metallarbeiterstreiks im Lausiger Tarifgebiet und überweist aus der Kasse des Ortsausflusses 50 Mark an das Bezirkskomitee der AGD. zu Organisationszwecken.

Vom Wahlkampf in Oesterreich

Sozialdemokratische Arbeiter als Rote Wahlhelfer

Wien, 20. Oktober. Die Wiener „Rote Fahne“ erhielt aus Beizentirchen (NÖ.), einer Ortschaft, in der noch keine Ortsgruppe der KP. bestanden hat, folgende Zuschrift:

„Wir sind einige sozialdemokratische Genossen in diesem Ort, die mit der Politik der Parteiführung schon lange nicht mehr einverstanden sind. Wir ersehen auch, aus Material für die Wahl und Beitrittserklärungen zu übergeben.“

Dieser Brief beweist die wachsende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter in Oesterreich und ihre Entwicklung zum Kommunismus.

Der spanische Ministerrat hat die Parlamentswahlen auf den 21. Dezember festgesetzt.

In Norwegen finden am Sonntag die Wahlen zum Storting statt.

KPD.-Wahlrieg in Hamburg

SPD. und Nazis verlieren bei der ersten Wahl nach dem 14. September

Hamburg, 20. Okt. (Eig. Bericht). Gestern fanden in den Hamburgischen Landgebieten die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Hamburgischen Landesausschuß statt. Die KPD. hat nicht nur gegenüber den letzten Wahlen zum Landesausschuß im Jahre 1927 stark an Stimmen zugenommen, sondern erreichte in den Städten Bergedorf, Rughaven und Geesthacht eine absolute Steigerung der Stimmenzahl gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Noch deutlicher wird der Erfolg der Kommunisten, wenn man die geringe Wahlbeteiligung berücksichtigt. Im Wahlkreis I für den Landesausschuß, wozu die Städte Bergedorf, Rughaven und Geesthacht gehören, wurden am 14. September 10,62 Prozent aller Stimmen für die Kommunistische Partei abgegeben. Am 19. Oktober waren es 11,65 Prozent. Auch in den Landgemeinden (Wahlkreis II), wo für die KPD. ein schwieriges Arbeiten infolge ungenügender organisatorischer Vorbereitung zu verzeichnen ist, haben wir einen prozentualen Stimmenzuwachs. Am 14. September erhielt die KPD. dort 6,22 Prozent aller Stimmen, am 19. Oktober 6,40 Prozent.

Von größter politischer Bedeutung sind aber die erheblichen Verluste der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten. Besonders bemerkenswert ist die Niederlage der Nazis im Wahlkreis II, in den Landgemeinden, wo sie bei den Reichstagswahlen 26,14 Prozent, am 19. Oktober aber nur noch 20,54 Prozent aller Stimmen erhalten haben.

Die SPD. erhielt im Wahlkreis I am 14. September 36,95 Prozent, am 19. Oktober nur 35,67 Prozent der gesamten Stimmen. Im Wahlkreis II ging ihre Stimmenzahl von 35,78 Prozent auf 34,74 Prozent herunter.

Die Hamburger Bevölkerung im Hamburger Landgebiet beginnt zu erkennen, daß die Kommunistische Partei ihre einzige Interessenvertreterin ist.

Landesausschuwahlen

	Wahlkreis I (Städte: Bergedorf, Rughaven, Geesthacht).		
	Landesausschuß am 19. 10. 1930	Landesausschuß 1927	Reichstagswahl 1930
KPD.	2891	2619	2815
SPD.	8850	8725	8796
Staatspartei	1443	2544	1934
Bürgerliste	5861	8472	6338
Nazis	5418	—	5428

	Wahlkreis II (Landgemeinden).		
	Landesausschuß am 19. 10. 1930	Landesausschuß 1927	Reichstagswahl 1930
KPD.	1186	754	1316
SPD.	6641	6103	7347
Staatspartei	1439	1853	1258
Bürgerbund	6452	6907	—
Nazis	3805	—	5590

Nazis gegen Metallarbeiterstreit

Der „Völkische Beobachter“ heßt gegen die Verbreiterung der Streifront und gegen die AGD.

Berlin, 20. Oktober (Eig. Bericht).

Der „Völkische Beobachter“ vom Sonntag heßt ganz in der Weise der Ulrich und Brandes gegen den heldenhaften Streik der Berliner Metallarbeiter. Das Streikbrecherorgan schreibt im „Vorwärts“-Stil: „Die Versuche, die jetzt unternommen werden, gehen von den Kommunisten aus und zielen dahin, auch andere Fabrikationszweige, die mit der Berliner Metallindustrie nur im losen Zusammenhang stehen, in den Kampf hineinzuziehen.“

Das Blatt verbreitet hemmungslos die Lügen des „Vorwärts“ über die „Stachtruppe, die Konflikt schaffen“, und heßt so die Polizei in gemeißelter Weise gegen die Streikposten der AGD. Wörtlich heißt es:

„Vor allen Dingen haben sie aber mit Mitteln, derenwegen die Staatsanwaltschaft eingreifen wird (!), versucht, heute mittag das große Kraftwerk Klingenberg in Strausnummelsburg stillzusetzen.“

Auch gegen den Bolle-Streik der Jungarbeiter werden alle in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse verbreiteten Lügen mit Schagen abgedruckt. Freudig meldet der

„V. B.“, daß das Eingreifen der Polizei notwendig wurde.

Schließlich wendet sich das Zentralorgan Hitlers offen gegen den Bolle-Streik und schreibt, daß infolge der Anrufung des Schlichtungsausschusses durch die Bolle-Direktion „kein Anlaß bestand, eine Arbeitsniederlegung herbeizuführen.“

Schnell entlarven sich die nationalsozialistischen Streikbrecher, die in den ersten Tagen des Streiks durch verlogene Phrasen den kämpfenden Metallarbeitern ihre „Sympathie“ vorzutäuschen versuchten. Jetzt aber, wo die kapitalistischen Geldgeber sich bei den Nazis beklagen und sie juridipfeifen, entlarven sie offen ihr streikbrecherisches Gesicht.

Gleich den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten sind sie die Helfershelfer der Borjig und Siemens, die, gestützt von der Brüning-Regierung, durch einen gewaltigen Lohnraub die Läden des Young-Planes aus den Arbeitern herauszukindeln versuchen. So sind die Nazis Vorreiter des allgemeinen Lohnraubs an den Arbeitern und Angeestellten.

Die Arbeiterschaft wird den gelben Streikbrechern mit dem Hakenkreuz, diesen Knechten der Young-Ausbeuter heimleuchten.

Hitlerlügen über Südtirol widerlegt

Mussolinis Dank für den Landesverräter sind schallende Ohrfeigen

Um seine landesverräterische Haltung zur Südtiroler Frage vor seinen erbitterten Anhängern zu entschuldigen, ließ Hitler durch den „Völkischen Beobachter“ und andere NSDAP-Zeitungen verbreiten, Mussolini lasse die antideutschen Gesetze in Südtirol mildern anwenden. Jetzt erhält Hitler, wie es schließlich jedem Kalaien geht (siehe SPD.), von Mussolini eine schallende Ohrfeige. Die faschistische Zeitung „Il Brennero“ schreibt wörtlich: „Es ist überflüssig zu sagen, daß die deutsche Presse das Opfer einer Ente geworden ist, deren Ursprung man sich leicht denken kann. Die direkte und gradlinige Politik der Herrschaft gegenüber Südtirol wie auch gegenüber allen anderen Gebieten Italiens läßt keine Umkehr zu.“

Auch hinsichtlich der Aufhebung der deutschen Schulen, die ein Herd des Anti-Italienertums waren, gibt es keine Umkehr. Es genügt das Beispiel der kürzlichen Schließung der slowenischen Schule in Triest, die ein wahres Infektionszentrum für die moralische Gesundheit der jungen Seele war, um zu verstehen, wie gefährlich dergleichen Kultur-Dämon in dem ruhigen und ernstesten Leben der italienischen Grenzprovinzen sind.“

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ haben sich

an die Südtiroler Abordnung der gegenwärtig in Danzig tagenden Union der Völkerbundsligen gewandt, um Näheres über die Lage in Südtirol zu erfahren. Baron Paul Sternbach und Dr. Nair haben daraufhin dem Blatt eine Unterredung gewährt, in der sie u. a. wörtlich sagten:

„Die Mitteilung des „Völkischen Beobachters“ enthält die Behauptung, daß der Präfekt der Provinz Bozen, Marziali, den deutschen Privatschulunterricht in vollem Umfange gestattet und die Zulassung einer Reihe von Komplementärschulen angekündigt habe. Da sowohl uns wie auch den Mitgliedern der italienischen Völkerbundsligen nichts von einer diesbezüglichen Verfügung des Präfekten bekannt war, haben wir unverzüglich in Bozen angefragt und die Auskunft erhalten, daß die Meldung des „Völkischen Beobachters“ falsch ist. Von einer Verfügung des Präfekten ist nichts bekannt. Mit anderen Worten, der „Völkische Beobachter“ hat aus Liebedienerei zu Mussolini und zum Schaden der unterdrückten südtiroler Deutschen gelogen.“

Über deshalb wird Hitler weiter seine Politik des Verrats Südtirols an Mussolini betreiben, wie er die werktätigen Massen täglich an das Großkapital verrät.

1/4-Milliarde Mark

Steuergeschenk an den Reich

Halbamtlich wird mitgeteilt: Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 9. Juni 1930 über steuerliche Erleichterung auf dem Gebiete der Steuerabzugs vom Kapitalertrag (etwa 160 Millionen Mark) und der Kapitalverkehrssteuer (etwa 80 bis 100 Mill. Mark, D. Red.) hat die Reichsregierung nach Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags am 16. Oktober eine Verordnung erlassen, wonach der Steuerabzug vom Kapitalertrag für die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren und aus Vorzugsaktien der Deutschen Reibahn-Gesellschaft aufgehoben wird.

Durch diese Verordnung erhält die besitzende Klasse ein Steuergeschenk in Höhe von rund 250 Millionen Mark, denn Kapitalertrags- und Kapitalverkehrssteuern werden nicht von

den Arbeitern, sondern von der besitzenden Klasse gezahlt. In demselben Augenblick, da Brüning in seiner Rede im Reichstag verkündet mußte, daß „die Steuereinnahmen im laufenden Haushaltsjahr ständig im Rückgang begriffen sind, und daher alle Schichten des deutschen Volkes unbedingte Opfer tragen müßten“, erfolgt dieses Riesensteuergeschenk an die besitzende Klasse. Bezeichnend für das Charakterbild des jesuitischen Kanzlers Brüning ist die Tatsache, daß er in seiner Regierungserklärung über die Aufhebung bzw. Senkung dieser beiden Besitztsteuern kein Wort gesagt hat; es hätte auch nicht zu der Irdischen „Sparjamleits-“ und „Opfer“-Musik gepaßt.

Die Politik des Zentrums dient ausschließlich den Interessen der Millionäre und der übrigen Kreise der besitzenden Klasse. Man ist schamlos genug, den Steuerausfall, der durch Verzicht auf Besitztsteuern eintritt, durch neue Belastung der werktätigen Massen, nicht zuletzt auch der christlichen Arbeiter zu decken. Es ist an der Zeit, daß das deutsche Proletariat dieser gottlosen Politik rücksichtslos Kapitalistischer Interessenvertretung durch den Kampf auf der ganzen Linie ein Ende macht!

Die „Pravda“ zum Berliner Metallarbeitertamp

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter steht im Mittelpunkt des Interesses der Sowjetpresse. Die Blätter bringen ausführliche Meldungen über den Verlauf des Kampfes. Die „Pravda“ schreibt:

„Der Streik in der Berliner Metallindustrie wird auf die gesamte deutsche Arbeiterklasse einen enormen revolutionären Einfluss ausüben. Er wird ein Signal für die breitesten Proletariatsmassen anderer Industriezweige werden. Er wird im Proletariat die Erkenntnis wecken, daß es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, der Unternehmerrückwärtsentwicklung zu gebieten.“

Der Metallarbeitertamp ist ein schlagender Beweis dessen, daß die Arbeiter in eine neue Etappe des revolutionären Kampfes eingetreten sind, daß das Proletariat zum Gegenangriff gegen die Bourgeoisie, gegen die Hunger- und Terrorregierung und gegen den jüggelosen Faschismus übergegangen ist. Der Berliner Metallarbeitertamp ist nicht allein gegen die Vorhug, Siemens und andere Hyänen des Truskapitals gerichtet. Er richtet sich gegen das gesamte Brünningsystem, gegen die Verräterpolitik der Sozialfaschisten, gegen die Bestrebungen der Bourgeoisie, über Arbeiterleichen ein neues Fundament für das wankende kapitalistische System zu erbauen. Dieser Kampf wird unermüdlich eine weitere Verschärfung der Krise des deutschen Kapitalismus zur Folge haben. Er ist nicht nur ein Zeichen der Vertiefung der Klassengegensätze, sondern auch ein Zeichen der aufziehenden unmittelbar revolutionären Situation.

Aus diesem Grunde ist der Kampf der Berliner Metallarbeiter auch für die Arbeiter anderer kapitalistischer Länder von enormer Bedeutung. Es wäre aber ein unverzeihlicher Fehler, wenn sich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch den ersten Erfolg — den Eintritt der Berliner Metallarbeitermassen in den Streik — hinreißend liege und jede Gefahr übersehen würde, die diesem Kampfe von Seiten der Urich und Co. droht. Die Regierung, die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokraten werden alles aufbieten, um den Streik möglichst rasch abzuwürgen und eine Niederlage der Arbeiter herbeizuführen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei müssen alle Kräfte für die Leitung des Streikampfes mobilisieren.

In jedem Betrieb müssen Streikausschüsse geschaffen werden, die nicht etwa unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokraten stehen und lediglich der Kontrolle der Masse unterstellt sind. In jedem Betriebe müssen alle revolutionären Arbeiter in Betriebsgruppen der RGD vereinigt werden. Der Metallarbeitertamp soll sich aufs engste mit dem Kampf der erwerbslosen Proletarier vereinigen. Die RGD soll den Kampf der Berliner Metallarbeiter zur Angelegenheit des gesamten Berliner Proletariats gestalten. Es gilt, die Arbeiterklasse des gesamten Landes zur Unterstützung der Berliner Proletarier zu mobilisieren.

Die Stunde hat geschlagen, da die RGD zu einer entscheidenden Kraft der Arbeiterbewegung wird. Dazu bedarf es Kühnheit und Entschlossenheit beim Angriff und Siegeswillen. Dieser Siegeswillen soll unentwegt unter den breiten Massen aufrecht erhalten werden. Wird das gelingen, so wird der heroische Kampf der Berliner Metallarbeiter zum Ausgangspunkt werden für die entscheidenden Kämpfe der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Reaktion, gegen den Faschismus, gegen den Sozialfaschismus, gegen den Young-Plan und für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Proletariats.

Sowjetischer treten der Kampfindernationale bei

Moskau, 20. Oktober. Das Präsidium des Zentralkomitees der Schiffergewerkschaft der Sowjetunion beschloß im Namen von 200 000 Gewerkschaftsmitgliedern den Anschluß an die revolutionäre Kampfindernationale der Seeleute und Hafenarbeiter.

Die Roten Einheitsgewerkschaften werden verboten

Lappo-Regierung wünscht reformistische Verbände

Neuer Lappomarsch nach Helsingfors organisiert

Helsingfors, 20. Oktober. Die Sozialdemokratische Partei Finnlands hat nach dem Verbot und der rückwärtssteigenden Verfolgung der roten Gewerkschaften, die unter ansehlicher Führung der kommunistischen Partei standen, die Erlaubnis zur Neugründung reformistischer Gewerkschaften erhalten.

Das ist das Geschenk der faschistischen Soinhusou-Regierung für ihre sozialfaschistischen Lakaien. Als Dank für ihre treue Mitarbeit bei der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung dürfen die finnischen Sozialfaschisten, die in der Gewerkschaftsbewegung bisher keinen Fuß fassen konnten, unter dem Protektorat der faschistischen Regierung reformistische Verbände gründen.

Die Entführung des Ikeranen, des wegs faschistenfeindlichen ehemaligen Präsidenten Stahlberg durch Sekretäre der Lappo-Organisation hat die Lage in Finnland noch mehr angespannt. Die Verhaftung der Täter, die die Regierung möglichst schonend vorgenommen hat, läßt die Lappo-Führer ihre Forderung nach vollkommener Befreiung der Staatsposten stärker erheben. Sie haben aufgerufen, daß alle Lappo-Männer, die jemals an Entführungen von Kommunisten beteiligt gewesen sind, sich in Helsingfors versammeln, und rechnen mit einem bewaffneten Massenaufmarsch von über 1000 Mann.

„Staatsfeindliches“ Photo

In Thora ist eine Nummer der Zeitung „Slomo Bomorste“ beschlagnahmt worden, in der ein Bild von Nietzsche veröffentlicht worden ist am Gedenktage seines Todes. Unter dem

Bilde befand sich die Unterschrift, daß der Philosoph Nietzsche vor dreißig Jahren in einem Irrenhause gestorben sei.

Der Kreisrichter hat die Beschlagnahme damit motiviert, daß Nietzsche dem Ministerpräsidenten Pilsudski ähnlich sei!

Pilsudski „macht“ Wahlen

Gemeinsame sozialfaschistisch-faschistische Front gegen revolutionäre Kräfte

Warschau, 20. Oktober. Die von uns schon gemeldete Annulierung aller Wahlen des revolutionären Arbeiter- und Bauernlagers, ist in der Weise ausgeführt worden, daß der Graphologe „Jontation“ hat, daß auf allen fünf Wahlzettel „faschistische“ Unterschriften vorhanden waren, wie der Faschismus brachte. So zum Beispiel auf der wehrkräftigsten Seite (Arbeiter und Bauern) fand der faschistische Graphologe, daß unter 1274 Unterschriften — 733 „faschistisch“ waren!

Die Kommission besitzt nur zwei Mitglieder, die zum Pilsudski-Lager gehören, die übrigen gehören zur sozialfaschistisch-bürgerlichen „Opposition“. Aber als es sich um den gemeinsamen Feind — um revolutionäre Arbeiter und Bauern — handelt, da gibt es keine Unterschiede zwischen Anhängern des Diktators Pilsudski und der „Opposition“.

Die gemeinsame Front von Pilsudskis Lager bis zu der Nationaldemokratie und zu der P.P.S. ist wieder einmal zum Vorschein gekommen.

Die Sowjet-Metallarbeiter gründen den Vortrupp-Kampf

(Telegramm an die Berliner Metallarbeiter)

Das Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes der Sowjetunion sendet euch flammenden revolutionären Gruß.

Euer Kampf ist nicht nur ein Vortruppkampf der Metallarbeiter Deutschlands gegen die Unternehmer, sondern zugleich ein Vortruppkampf der gesamten Arbeiterklasse gegen Unternehmer und Sozialfaschisten. Die Sozialfaschisten wollen eure Interessen verraten und die eisernen Reihen der Berliner Metallarbeiter desorganisieren. Aber die Solida-

rität sämtlicher revolutionärer Arbeiter der Stadt Berlin, die revolutionäre Unterstützung der Arbeiterklasse der ganzen Welt sichern euren Sieg.

Das Zentralkomitee der Metallarbeiter der Sowjetunion äußert die Meinung des Millionenheeres der Sowjet-Metallarbeiter und erklärt, die Metallarbeiter der Sowjetunion werden zur Unterstützung eures Streiks, zur Verstärkung der Front der Weltrevolution die Eisarbeit des sozialfaschistischen Aufbaus noch mehr verstärken.

Es lebe der Vortrupp der Arbeiterklasse Deutschlands — die Berliner Metallarbeiter!

Es lebe die Führerin der revolutionären Bewegung — die kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kampfsolidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt!

Zentralkomitee Metallarbeiter-Verband Sowjet-Union. Seg.: Gulat.

Gen. Grinko Finanzkommissar

Moskau, 20. Oktober. Das Präsidium des Zentralsekretariats der Sowjetunion hat den stellvertretenden Ackerbaukommissar der Sowjetunion Grinko an Stelle von Brjuchanow zum Finanzkommissar der Sowjetunion ernannt. Der stellvertretende Ackerbaukommissar Kalimanowitsch wurde zum Vorsitzenden der Reichsbankverwaltung der Sowjetunion ernannt. Den Vorsitzenden der Reichsbank der Sowjetunion, Pjatakow, ernannte das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates zum Vorsitzenden der Vereinigten Chemischen Industrie der Sowjetunion.

Der erste stellvertretende Gouverneur der Bank von Spanien, Marquis Cabra, wurde durch die Regierung seines Postens enthoben. Auch ein Strafverfahren wurde gegen ihn eingeleitet. Man nimmt an, daß die Regierung ihn für den katastrophalen Stand der Peseta verantwortlich macht.

Die Krise im „Dritten Reich“

Rom, 20. Oktober. Die Baumwollspinnereien und Webereien Pellegrino Pontecorvo & Co. in Vellea, die etwa 1400 Arbeiter beschäftigen und ein Aktienkapital von 18 Millionen Lire besitzen, befinden sich laut „Konfessionär“ in Zahlungsschwierigkeiten.

Kurze Auslandsnachrichten

In Finnland sind die Entführer des früheren Präsidenten Stahlberg, sämtlich Angehörige der Lappo-Organisation „Finnlands Schloß“, verhaftet worden, während bei allen Entführungen von Kommunisten die Täter „unauffindbar“ waren.

Im Hafen von Valencia meuterte die Besatzung des griechischen Dampfers „Pharos“.

Die Pariser Kammer wird bei ihrem Wiederauftritt am 4. November sofort in eine außenpolitische Debatte eintreten.



(Copyright © by Internationales Arbeiter-Verlag, Berlin.)

19. Fortsetzung

„Komm, Jupp, laß uns nicht herumdübeln, es hilft uns nichts!“ Raup stieß den auf einem Stein Hochenden an: „Seht etwas zu unternehmen, wäre Torheit! Es scheint alles verzaubert zu sein!“

Jermad stand auf. Verdrossen umdrängten ihn die Männer. Sie murkten. Die Nachricht von der Verhaftung machte sie unfähig. „Die Grünen wissen jedenfalls schon Bescheid, Jupp! Wirft sehen, Dunst gibt's auf Teufel komm 'raus!“

„Wir rennen ins Feuer!“

„Wir lassen's lieber sein, Jupp! Wat meinst du?“ Ein Teil sah verächtlich nach dem finsternen Feldweg hin, hinauf nach der Kolonie.

„Was geht nach Hause!“ — Jermad fiel es schwer. Er sagte es stoßend. Die Aussicht, einen erfolgreichen Kampf durchzuführen, schien ihm hoffnungslos. Wie eine Steinlast bedrückte ihn das. Sein Unmut übertrug sich auf die anderen. Stumm und niedergeschlagen gingen sie auseinander.

Jupp Jermad stand immer noch, ungeschlüssig, und sah düster nach dem Viehhof hinüber: „Was jetzt?“

„Abwarten!“ sagte Raup.

„Warten! — Ja —“

Sie gingen zurück zur Straße. Wichtig und träge standen die Kaserne. Am Horizont peitschten Wolfenketten. Jemand in dem Kaserneauge lächelte ein Weib. Zumachs. Keine Gelassenheit in der grauen Welt der Kaserne.

„Wohin?“ —

„Komm nach meiner Wohnung“, sagte Jermad. Sie schritten kumm nebeneinander.

Frau Jermad öffnete. „Na — was ist denn los? Ich meine, ihr wolltet doch den Viehhof...“

„Den Viehhof haben sie erwischt!“

„Ach, du Lieber! — Den Viehhof? — Wie kam das denn?“

„Ja, wie kam das? Frag' mich! Auch den Franz Kreuzat ham sie!“

„Ach, du Lieber...!“ Frau Jermad stand mit offenem Munde da. „Na, dann Gnade Gott!“

„Stech Feuer an und geh wieder auf den Strohsack!“

„Nee, da geht einem doch das höchste Verstand aus! Da hat einer mindestens ausgeplaudert! Mein Gott, die Kreuzatse, die beschelzt sich schon so um den Jungen. Das gibt erst ein Theater!“

Die kleine Dike konnte sich nicht beruhigen. Sie kniete vor dem Herd nieder, schwachte und blies den Feuerrest an. Ein Ballen Kuhstroh lag inns Gesicht.

„Pui, pui!“ pufte sie, „das ist dir ein Drecksack von Herd! Und für einen neuen lang's ewig nicht!“ Sie pufte wieder in die schwache Glut. „Nee, die verdammten Hunde, aber auch alles kriegen sie 'raus! Alles riechen sie...“ Sie stellte Wasser auf und schüttete aus einer Lüte „Gemischten“ in die Kaffeemühle.

Fritz Raup stierte durch das verstaubte Fenster in die Nacht.

„Laß die Kasse nicht hängen, Raup! Es wird schon wieder werden! Aufferren kann man die Kerle nicht!“ sagte sie.

„Nee, aber an die Wand stellen! Man fragt heute nicht viel danach, ob es uns recht ist!“ sagte Raup.

Jermad blieb stehen: „Es wären nicht die ersten, denen es so geht! Nur wir sind solche Gefühlsduseln! Achtzehn hatten wir's in der Faust, wir konnten sie zerquetschen, aber da kamen sie an, die Schwächer, redeten uns zu und wir wurden weich, vergaben den Gannern alle ihre Gemeinheiten, weil sie so geschickt verstanden, sich auf den Menschen in uns zu berufen! Nun wird der Mensch von der Bestie aufgefressen!“

Frau Jermad begriff nur halb. „Ja —“ sagte sie. „daß du dich beschelzt!“ Im Schlafwahn lächelte der kleine Jermad.

„Stehste — rief sie unwillig, „so geht's, wenn man einen Augenblick fortbleibt! Die Blagen saugen mich kaputt!“ —

12.

Frau Kreuzat schlief nicht, sie wartete. Jeden Augenblick lag sie im Fenster und spähte in die Dunkelheit. Bei jedem Aufstahren der Treppe ließ sie mit der Petroleumlampe hinaus, in der Meinung, daß Franz käme. So ging es bis in den grauen Morgen hinein. Da konnte sie die Sorge nicht mehr mit sich allein schlepen. Sie trat an Martins Bett und rästelte ihn wach: „Hörst du, Martin! Der Jung' ist noch nicht hier. Es ist schon Morgen, was mag mit dem los sein?“

Martin riß die schlafschweren Augen auf und zwinkerte verständnislos: „Wat haste?“

„Der Franz ist noch nicht zu Hause!“ Nun begriff er. „Er wird schon noch kommen, er ist alt genug, nach Hause zu finden!“ Martin warf sich auf die andere Seite.

„Daß du so gleichgültig bist! Jammerte sie, „du Schnarchst, und ich zerbreche mir den Kopf, wo er steht.“

Sie ging leuzend in die Küche. Martin wurde unruhig. Gewaltig kniff er den Schlaf aus den Augen, richtete sich schwerfällig auf und griff nach der Hofe, die über eine Stuhllehne hing. Mühsam zog er sie über die haarigen, fleischlosen Beine und stand auf. Er sah durch das halbblinde Fenster auf die Straße. Martin riß, vom üblen Geruch des Raumes beengt, das Fenster auf und sog gierig die frische frostige Luft ein.

Die Flammen der Kokeret waren verschwunden. Frolochen, wie auch das sonst weißlich hallende Hämmern der Werke, das Fauchen und Stampfen der Maschinen verstummt war.

Fünf Tage dauerte das schon. Er hatte jeden Morgen hinausgesehen, gleichgültig. Doch heute erfaßte es ihn. Seit Jahrzehnten war er gewohnt, die Rauchfäden über den Schachanlagen zu sehen, die gelbrotten Flammengungen. Gewohnt, den gleichmäßigen eisernen Pulsschlag der Arbeit zu hören. Eine gewaltige Faust schlug in das Häderwerk, in die Seilscheiben, Walzen, Kräne und Motoren gestriffen zu haben, in die Rettungslieber der Schächte und Gabeln. Kein, er hatte es bisher nicht so beachtet. Still und hart lag nun alles da, verstummt, weil die Arbeiter einmal nicht wollten, und diese Stille erarriff ihn. Generalstreck! —

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Durch die eigene Frau des Mordes denunziert

Um den Tod eines Arbeiterschinders

Der Mörder des Grubendirektors Emil Kramer vor dem Schwurgericht Halberstadt

Halberstadt, 20. Oktober. Am Montagmorgen begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Heilgehilfen Otto Koch aus Pöhm, der beschuldigt wird, am Abend des 19. Februar dieses Jahres den Grubendirektor Emil Kramer ermordet zu haben. Kramer war als Vertreter der Deutschen Volkspartei Mitglied des Reichstages und bei der Nachtersterbesten Arbeiterschaft, ganz gleich, welcher Partei sie angehörte, als besonders brutaler Arbeiterschinder bis auf den Tod verhasst.

Die Mordtat schwebte seinerzeit lange im Dunkeln. Erst fünf Monate später trat plötzlich die Frau des jetzigen Angeklagten und früheren Heilgehilfen der Grube „Concordia“ Otto Koch mit der Anschuldigung gegen ihren Mann hervor. Die Bluttat an Direktor Kramer habe ihr Mann aus Rache wegen des erfolgten Abbaues verübt und dazu ein Militärgewehrröhre benutzt, das er später mit einer Kinderfeder umwickelt in den Mühlgraben geworfen habe. Tatsächlich fand man an der bezeichneten Stelle ein verrostetes Militärgewehrröhre mit einer Kinderfeder umwickelt, worauf Koch verhaftet wurde.

Wie heute bekennt Kramer, den Todesstoß, der im Dunkel des Abends vom Zaun des Kramerschen Grundstücks aus auf den Direktor abgefeuert wurde, getan zu haben. Er bleibt

auch in der Montagverhandlung dabei, daß seine Frau, mit der er in Unfrieden lebte, sich nur an ihm rächen wollte.

Jetzt weht ein anderer Wind...

Ueber die Verhältnisse auf der Grube „Concordia“ befragt, erklärt Koch, daß, bevor Direktor Kramer hier „herrschte“, alles ziemlich glatt gegangen sei. Im Jahre 1923 sei dann Kramer zunächst als zweiter Direktor aufgetaucht. Bald sei er der gefürchtetste Mann auf der Grube gewesen, dem alle in großem Bogen aus dem Wege gegangen seien. Einmal habe Kramer zynisch zu ihm gesagt: „Jetzt weht ein anderer Wind hier auf der „Concordia“. Ihr Betreuer geht bald fort.“ Mit diesem „Betreuer“ war ein Direktor Schneefuß gemeint, der auch bald verhaftet wurde.

Vorsitzender: „Warum war denn der Direktor Kramer so gefürchtet?“

Koch: „Nun, ist es nicht bezeichnend, daß seitdem Kramer auf der Grube Direktor war, nicht weniger als 60 Arbeitsgerichtsverfahren stattgefunden haben? Außerdem war die Belegschaft sehr erregt, weil Kramer mit dem Abbau begann. Von 2000 Mann verringerte er den Stamm auf 800 und zwar wurden in erster Linie Leute entlassen, die irgendwann ein kleines Vergehen, wie Rauchen usw. begangen hatten.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er entlassen sei, erklärte Koch: „Wegen Beamtenbeleidigung.“

Für die Verhandlung sind mehrere Tage angelegt.

Furchtbares Autounglück bei Koblenz

Zwei Todesopfer

Koblenz, 20. Oktober. Auf der Straße zwischen Wingen und Koblenz ereignete sich am Sonntag ein furchtbares Autounglück.

Das Auto eines Fabrikanten aus Niederlahnstein rannte gegen einen Telegraphenmast und wurde über die Straßeneinfahrt auf das Bahngleis geschleudert. Im gleichen Augenblick kam ein Güterzug heran und schleifte den verunglückten Kraftwagen nach ungefähr 150 Meter mit. Der Wagen wurde vollständig zerkleinert. Vor der Lokomotive des Zuges lag der Führer des Autos, der 24jährige Sohn des Fabrikbesizers, in zwei Teile zerschnitten. Der Mitfahrer erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Grubenunglück in Frankreich

Acht Kumpels verletzt — zwei davon lebensgefährlich

Paris, 20. Oktober. Auf der Grube „Escarpelle“ bei Lens ereignete sich ein schweres Fördererunglück, bei dem acht Grubenarbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Der Förderkorb stieß so heftig auf der untersten Sohle auf, daß er fast vollkommen zerkleinert wurde. Zwei von den acht Verletzten schweben in Lebensgefahr.

Funkempfangsanlagen für Luftfahrzeuge

Der Reichsverkehrsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister vereinfachte Bestimmungen über die auf Luftfahrzeugen mitzuführen- den Geräte, die ausschließlich für den Funkempfang bestimmt sind, herausgegeben.

Diese für Freiballons, Klein- und Sportflugzeuge geeigneten Empfänger sollen lediglich als Rundfunkempfänger angesehen und behandelt werden. Ihre Anmeldung wird in der Folge bei jedem Postamt möglich sein. Es können mit ihnen auch die für die Sicherheit der Luftfahrt bestimmten, von den Funkstellen des Flugfernmeldebienstes verbreiteten Nachrichten aufgenommen werden.

Tod auf den Schienen

Chemnitz, 20. Oktober. In Siegmars bei Chemnitz wurde am Freitag nachmittag ein Streckenarbeiter von dem Schnellzug der Linie Reichenbach-Dresden erfasst und überfahren. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Zwei Brunnenarbeiter verschüttet

Nach einer Meldung aus Sachseln in der Schweiz wurden beim Graben eines Brunnen-schachtes zwei Erdarbeiter verschüttet. Sie konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

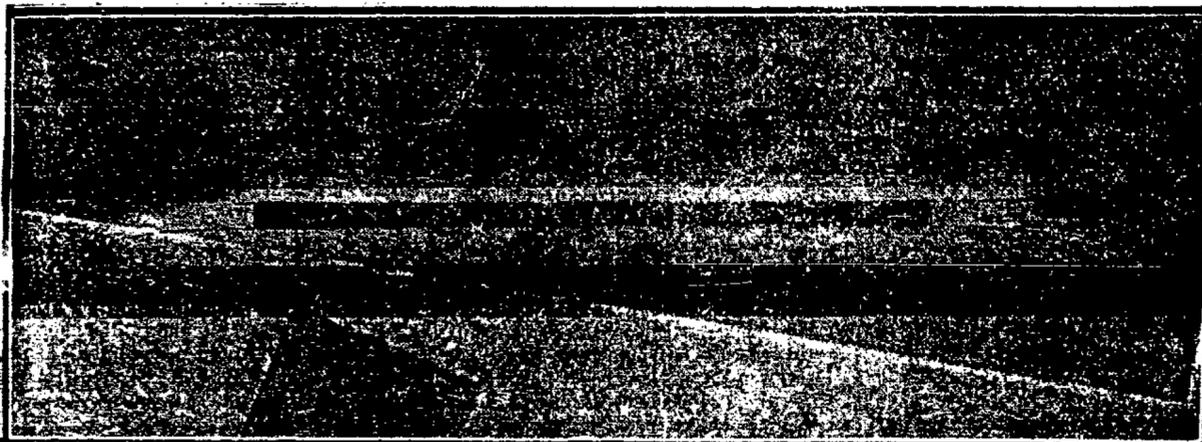
Autobusunglück in Nordschweden

In der Nähe von Uleå in Nordschweden fuhr am Sonntag ein mit 25 Personen besetzter Autobus gegen einen Leitungsast und stürzte in einen tiefen Graben. Ein Insasse wurde dabei getötet, zehn mehr oder weniger schwer verletzt.

24 Verletzte bei einem Straßenbahnzusammenstoß
Am Sonnabend abend stießen in Wien auf dem Simmering zwei mit Ausflüglern vollbesetzte Straßenbahnzüge zusammen. 24 Personen wurden verletzt, davon drei schwer.

Nach Unterschlagung von 200 000 Mark verhaftet
Der Hamburger Kriminalpolizei gelang es, den Kaufmann Hesser aus Hamburg zu verhaften, der beschuldigt wird, Betrügereien im Betrage von etwa 200 000 M. begangen zu haben.

Im 200-Kilometer-Tempo



Am Sonnabend wurden auf der Versuchsstrecke im Burgwedeler Moor bei Hannover die ersten Versuchsfahrten mit dem sogenannten „Schienen-Zeppelin“ unternommen. Der Erfinder dieses neuartigen Triebwagens mit Propellerantrieb ist der Ingenieur Franz Kruckenberg. Tatsächlich erreichte dieses Verkehrsmittel der Zukunft am Sonnabend eine Geschwindigkeit von fast 200 Kilometer. Die Versuche werden fortgesetzt.

Lehrerin und Schülerinn von 110 000 Volt getötet

Furchtbarer Abschluß eines Ausfluges

Von den gerissenen Hochspannungsdrähten des Hengstlewerkes erfasst

Eisen, 20. Oktober. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Montag vormittag am Stausee bei Hengstle in Westfalen. Eine Mädchenchulklasse, die sich unter Führung ihrer Lehrerin auf einem Ausflug befand, geriet in die gerissenen Drähte einer 110 000-Volt-Hochspannungsleitung. Die Lehrerin und ein Mädchen wurden getötet, drei weitere Kinder erlitten schwere Brandverletzungen.

Nach ergänzenden Mitteilungen befand sich die 37jährige Lehrerin, Fräulein Eversberg, mit ihrer Klasse auf einem Ausflug, den sie zur Feier ihres Geburtstages beantragt und auch genehmigt erhalten hatte. Die Lehrerin wollte den Kindern den künstlichen Stausee zeigen, an dem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke das größte Kraftwerk in Deutschland errichtet haben. Von diesem Kraftwerk führt eine Hochspannungsleitung weit in das westfälische Land.

Unter Scherzen und Singen passierte die Klasse gerade den Weg, über den die Hochspannungsleitung gelegt ist. Plötzlich rissen mehrere Drähte, deren Enden auf die Schulklasse herunterfielen. Fräulein Eversberg und ein achtjähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet. Ein anderes Mädchen erlitt schwere Brandwunden und zwei weitere Kinder kamen mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon.

Schweres Unwetter über Tarragona

Vier Todesopfer — zwölf Schwerverletzte

Madrid, 20. Oktober. Vollenbrüche und anhaltende Regengüsse richteten in Tarragona großen Ueberschwemmungsschaden an. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Vier Personen ertranken, zwölf wurden schwer, unzählige andere leicht verletzt.

Trotz sofort eingeleiteter Untersuchung gelang es bisher noch nicht, die Ursache des Reißens des Hochspannungsdrahtes festzustellen. Da die Leitung erst vor Jahresfrist gespannt wurde, glaubt man, daß irgendwelche Naturereignisse den Draht beschädigt haben.

Panik im Hafen von Wutschau

31 chinesische Schiffe in Flammen

40 Personen verbrannt und ertrunken

New York, 20. Oktober. Nach einer Meldung aus Kanton brach in Wutschau in einem Restaurant, das auf einem Schiffe untergebracht war, ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit auf andere Schiffe übersprang.

Dreißig chinesische Schiffe wurden zerstört. Hunderte von Personen sprangen von den brennenden Fahrzeugen ins Wasser. Ein Teil von ihnen erreichte schwimmend das Ufer, die anderen wurden von Helfern aus dem Wasser geborgen. Von den Personen, die sich am Bord des Schiffrestaurantes befunden haben, werden 40 vermißt. Man befürchtet, das sie entweder verbrannt oder ertrunken sind.

Ein Güterzug entgleist

Am Sonnabend nachmittag entgleisten auf dem Bahnhof Opladen infolge falscher Weichenstellung zehn Wagen eines Güterzuges. Drei Wagen kippten um und versperrten das Gleis, während fünf weitere Wagen sich

locristen und auf einem im Düsseldorf-Gleis stehenden Personenzug aufzufahren. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Eisenbahnbeamte schwer und einer leicht verletzt.

Erdbeben in Louisiana

In New Orleans und mindestens zwölf anderen Städten im Südosten des Staates Louisiana wurden mehrere Erdstöße wahrgenommen, durch die Bevölkerung in große Unruhe versetzt, jedoch weiter kein größerer Sachschaden angerichtet wurde.

Wieder Ueberschwemmungen in Südfrankreich

Wieder einmal haben Ueberschwemmungen in Südfrankreich große Schäden angerichtet. Drei Dörfer in der Nähe von Montpellier stehen unter Wasser. Heftige Stürme trieben die Wogen des Meeres bis zum Bahnhof Nouvelle.

Der Tod in den Bergen

Von drei Touristen, die eine Besteigung des Monte-horns unternommen hatten, sind unterwegs zwei tödlich abgestürzt.

Funktionäre des Gesamtverbandes rebellieren!

Schwere Angriffe gegen die Angestellten in der Delegiertenversammlung — Kollegen, links heran! Vorwärts zum Kampf unter Führung der KGD!

(Arbeiterkorrespondenz)

In der am 17. Oktober stattgefundenen Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes ging der erste Bevollmächtigte des Verbandes, Stadtrat Senf, in seinem Referat auf die vergangenen Reichstagswahlen ein. Er sagte, daß die Arbeiter schweren Zeiten entgegengehen, und über Nacht ein Umwälzungsaugenblick der Arbeiter eintreten könne. Die Gefahr des Faschismus infolge des Wahlerfolges der Nazis sei sehr groß. Die KGD hat aber im Reichstag durch die Mithilfe der anderen Parteien (Nes: Unregelmäßigen Parteien) bei der Wahl 2000 die Mehrheit erhalten. Möglich sei es, wenn die Berliner Metallarbeiter jetzt streikten, aber auch die Breslauer Gemeindegewerkschafter werden um die Forderung von 10 Pfennig, die verschiedene Kollegen gefordert haben, noch streikten müssen; denn der Magistrat, der erst den Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks abwarten will, hat es abgelehnt, den Tarifvertrag auf ein halbes Jahr zu verlängern. Die Gemeindegewerkschafter befinden sich also in einem tarifvertraglosen Zustande. Senf sagte noch weiter, die Arbeiter müßten zu den Arbeiterparteien halten und eine Arbeiterpresse lesen, wenn die „Volkswacht“ nichts gesagt hätte, wenn er gewußt hätte, wen er vor sich hätte.

Nach ihm ging der „Ladlerer“ Prease etwas näher auf die Lohnbewegung der Gemeindegewerkschafter ein und wollte alles, was in der „Arbeiter-Zeitung“ über den Lohnstreik Schramms stand, als Schwindel hinstellen, desgleichen gab er die Erklärung, daß Ziegler dem Gehr nichts gesagt hätte, wenn er gewußt hätte, wen er vor sich hatte.

Der Klassenbericht, den Schulze gab, hat als besonderes Merkmal, daß erstmalig weniger Einnahmen zu verzeichnen sind, und daß Schulze, trotz einer Spanne von einem Vierteljahr von einer Delegiertenversammlung zur anderen, plötzlich nicht mehr den Mitgliederbestand feststellen kann. (Man fürchtet sich wohl, den starken Mitgliederabwuchs den Delegierten mitzuteilen.)

Die Diskussion zielte dann, daß selbst die Delegierten, von denen übrigens nur ein Drittel anwesend war, mit dem Handeln der Bonzen

nicht mehr einverstanden

sind. Ein Delegierter erklärte, daß die Arbeiterchaft infolge ihrer zu großen Inaktivität wohl auch einen Teil Schuld an dem Fortschreiten des Faschismus trägt, die größte Schuld tragen aber die Bonzen, da sie die

Wegbereiter des Faschismus

sind. Schmidt wendet sich mit aller Schärfe gegen die Bonzen und sagt, daß Preuse mit seinen Darlegungen über Guhr und Ziegler nur den Verrat der Bonzen bestätigt habe. Er stellt dann die Arbeiterlöhne den Bonzengehältern gegenüber und verlangt genaue Auskunft, was die Angestellten des Gesamtverbandes für Gehalt erhalten. Er stellt weiter dem Kampf der Bonzen gegen die Doppelverdiener gegenüber, daß sie ja dreifache Verdienner, wie z. B. Senf, selbst seien. Schmidt stellt den Antrag, den Bonzen keine Sitzungsgelder mehr zu geben. Ein weiterer Antrag von ihm verlangt, daß die interessierten Mitglieder zu den Delegiertenversammlungen zugelassen werden. Weitere Diskussionsredner wenden sich gegen die demagogische Abstimmlung über die Lohnbewegung in der Mitgliederversammlung, da die Mitglieder nicht wußten, um was es sich handelt und deshalb falsch abstimmen. Senf wurde vorgeworfen, daß er die Mitglieder beeinflusst habe durch sein Referat, in dem er darauf hinwies, daß es

noch „keinen Zweck habe, etwas zu machen“.

Die Delegiertenversammlung selbst war so stürmisch, daß es nur so hießte von Zwischenrufen über Verrat und die Gehälter der Bonzen, daß diese ganz kopflos wurden. Im Schlußwort geht dann Senf, daß die Delegierten gar nichts zu fordern haben, sondern nur die Bonzen bestimmen. Neben ist ihnen vorläufig noch erlaubt, aber auch nicht mehr. Senf sagte nämlich allen denen, die ihm vorrechneten, daß er infolge seines dreifachen Verdiensts

ein Gehalt von monatlich 1200 Mark

habe, daß sie das nicht verstanden und sie auch nicht darüber zu bestimmen haben, darüber bestimmt der KGD. In den Anträgen von Schmidt folgte er das gleiche. Die Delegiertenversammlung endete mit Tumult.

Diese Delegiertenversammlung muß den Gemeindegewerkschaftern zeigen, daß sie ihre Delegierten nur als Strohmänner hinstellen, denn wenn sie etwas für die Mitglieder fordern, werden sie von den Bonzen entweder ausgelacht oder verhöhnt. Ein weiteres Merkmal, und zwar das wichtigste, ist, daß derselbe Senf, der in der Mitgliederversammlung gesagt hat, es hat keinerlei Zweck, die Lohnbewegung weiterzuführen, in der Delegiertenversammlung von einem eventuellen Streik spricht und die Forderung von 10 Pfennig

Erhöhung seitens der Opposition plötzlich für gut heißt. Aber er will genau so wie der Magistrat erst den Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks abwarten, da er mit dem Magistrat in dem festen Glauben ist, daß die Polizei den Streik im Blut der Arbeiter erstickt werde, um dann wieder sagen zu können, daß es doch keinen Zweck habe. So sehen die Bonzen aus, von denen Strachotta in der „Volkswacht“ schrieb, sie werden „alle Kompromittel springen lassen“. Für die Gemeindegewerkschafter aber heißt es, sofort und mit aller Energie die infolge des Wahlergebnisses radikale Phrasen dreschenden Bonzen an die Seite zu stellen, da diese sie immer und zu jeder Zeit verraten werden. Da der Magistrat den Tarifvertrag nicht verlängert hat, so bedeutet das ganz klar, daß er den Lohn der Gemeindegewerkschafter abwarten will. Deshalb müssen die Gemeindegewerkschafter sofort den Kampf organisieren und nicht abwarten, wie es der Magistrat und die Bonzen wollen. Je breiter und umfangreicher die Wirtschaftskämpfe im ganzen Reich ausbrechen, um so weniger können die Regierung und die Unternehmer für arbeiterfeindliches Programm durchführen. Gemeindegewerkschafter warten heißt in der Defensive sein. Die Offensive aber bringt den Erfolg. Wählt sofort vorbereitende Kampfleitungen und verlangt eine Urabstimmung. Kämpft unter Führung der KGD für Erhöhung der Löhne um 10 Pfennig.

Urabstimmung zum absoluten Mieterstreik beschlossen

Gestern fand im „Lässig“ die Vertreterversammlung des Neumieterschutzverbandes statt, die zu dem Beschluß der Deputation und zu den zu ergreifenden Maßnahmen Stellung nahm. Nach einem Bericht des Kollegen Wibera über die Situation entwickelte der erste Vorsitzende von Zimpel, Kollege Reimann, die Linie, die einzuschlagen allein möglich ist:

Ablehnung des provokatorischen Magistratsangebots.

Eröffnung des absoluten Mieterstreiks ab 1. November.

Die Mehrzahl der nachfolgenden Diskussionsredner vertrat denselben Standpunkt. Obwohl der Vorstand des Neumieterschutzverbandes keine einheitliche Auffassung hatte und insbesondere die Herren „linken“ Sozialdemokraten Steffen und Kallinke der Auffassung sind, ein absoluter Mieterstreik bringe keinen Erfolg und ihre ins Verderben, legte der Vorstand eine Entschlieung vor, in der die Mitgliedschaft von Böpelwitz und Zimpel zur Urabstimmung am 26. November angefordert wird. Die Vertreter von Zimpel beantragten, in diese Entschlieung einen Passus hineinzuarbeiten, in dem den Mietern empfohlen wird, bei der Urabstimmung für den absoluten Mieterstreik zu stimmen. Dieser Antrag war schon deshalb begründet, weil die Vertreter letzten Endes eine Meinung haben und als Führer der Organisation der

Mieterschaft den Weg weisen müssen. Die Entscheidung liegt selbstverständlich bei den Mietern selbst. Da die führenden Leute der sozialdemokratischen Fraktion in Übereinstimmung mit den nationalen Vertretern aus Westend den absoluten Mieterstreik mehr als den Teufel fürchten und verstanden hatten, einen Teil der Vertreter zu beeinflussen, wurde der Antrag mit einer Mehrheit von etwa fünf Stimmen abgelehnt.

Viele sozialdemokratische Vertreter stimmten trotzdem gemeinsam mit den Vertretern von Zimpel für die Empfehlung des absoluten Mieterstreiks.

Am Sonntag wird nun die Urabstimmung in Zimpel und Böpelwitz vor sich gehen. Am Freitag findet in beiden Siedlungen noch je eine Versammlung statt, die der Mobilisierung der Mieterschaft dienen soll. Wir fordern alle Neubaumieter auf, reiflos in die Versammlungen zu kommen, schon dort für den absoluten Mieterstreik einzutreten, am Sonntag dafür zu stimmen und ab 1. November mit der absoluten Mieterverweigerung zu beginnen. Wir sind überzeugt, daß der massige Schlag, der durch diese Maßnahme der kämpfenden Mieter gegen die Siedlungsgeiellschaft bzw. den Magistrat geführt werden wird, sehr bald die KGD auf die Knie zwingen wird.

An alle Mieter im Zentrum!

Am Mittwoch, 20 Uhr, findet im „Selben Löwen“, Oberstraße 23, eine öffentliche Mieterversammlung statt. Angesichts der angekündigten Mietererhöhung fordern wir alle Mieter zum Besuch der Versammlung auf. Thema: „Wie organisieren wir den Abwehrkampf?“

An alle werktätigen Frauen!

Am Dienstag um 20 Uhr findet für den Stadtteil Nordost bei Kabiersche, Hirsch-, Ede Boßstraße, eine öffentliche Frauenversammlung mit Lichtbildvortrag statt. Thema: „Der Kampf der proletarischen Frau.“ Arbeiterinnen, erscheint zahlreich!

Frauen und Mädchen vom Odertor!

Dienstag, den 21. Oktober, 20 Uhr, findet bei Salomon, Rosen-, Ede Ottostraße, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Thema: „Die politische Lage und die schaffende Frau.“ Jede Partei- und Rote-Hilfe-Genossin ist verpflichtet, ihre Freundin resp. Nachbarin mitzubringen.

Kampf dem Faschismus!

Im Zentrum findet am Dienstag, 21 Uhr, im „Roten Löwen“ eine Versammlung des Kampfbundes statt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen. Neue Mitglieder werden noch aufgenommen.

Im Stadtteil Süd kann der Eintritt in den Kampfbund täglich ab 16 Uhr in der Silesia-Gaststätte, Friedrichstraße 11, erklärt werden.

Stadtteildemonstration im Süden

Gegen die Brüning-Regierung!
Gegen den sozialdemokratischen Verrat an der Arbeiterschaft!
Am Dienstag Antreten pünktlich um 19 Uhr Friedrichstraße Ede Gräßhener Straße. Werttätige beteiligt auch und kämpft mit der KPD!

Achtung, Rote-Hilfe-Funktionäre!

Am Mittwochabend 20 Uhr Gesamtfunktionärenversammlung der Roten Hilfe in den „Silesia“-Gaststätten Friedrichstraße (an der Markthalle). Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

32 Mark Geld gesammelt und mehrere Neuaufnahmen gemacht hat der Stadtteil Nordost bei der am Sonntag zugunsten der Roten Hilfe durchgeführten Haus- und Hofpropaganda. Bravo und nach oben!

Sechs Jahrgäste verlegt. Am 18. d. M. stießen gegen 22 Uhr in der Kürassierstraße, Ede Verflinger Straße, zwei Jüge der Linie 18 zusammen. Hierbei wurden drei Jahrgäste leicht verletzt. Ferner ereignete sich am 20. d. M. um 8,05 Uhr in der Trebnitzer Straße, Ede Liebigstraße, ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus der Linie Trebnitzer Platz — Carlowitz und einem Lastkraftwagen, wobei der Omnibus stark beschädigt wurde und gleichfalls drei Jahrgäste leichtere Verletzungen davontrugen. Die Schuldfrage ist in beiden Fällen noch nicht geklärt.

Arbeiter-Musikverein Süd. Volljähriges Antreten heute Abend zur Demonstration um 18,30 Uhr Friedrichstraße, Ede Gräßhener Straße

Alle kommunistischen Freidenter treffen sich am Mittwoch um 19 Uhr in den „Silesia“-Gaststätten, Friedrichstraße.

Achtung, JSB. West! Heute Abend findet um 16 Uhr eine Pionierversammlung Freiheitsgasse statt.

Roter Frauen- und Mädchenbund. Dienstag 14,30 Uhr treffen sich alle Genossinnen am Neumarkt.

Freie Lichtfreunde. Dienstag 20 Uhr in der Gewerbeschule Gartenstraße Gemeinschaftsabend.

An alle JAG-Mitglieder in den Stadtteilen Nord, Nordost und Ost. Mittwoch, den 22. Oktober, bei Kabiersche, Hirsch-, Ede Boßstraße, Mitgliederversammlung.

Alle JAG-Mitglieder des Stadtteils West kommen Mittwoch, 20 Uhr, zur Mitgliederversammlung in die „Gambrius-Gaststätte“, Sangegeasse.

Generalmitgliederversammlung der KPD. Stadtteil Süd am Dienstag um 20 Uhr in den „Victoria-Sälen“, Sonnenstraße 42. — Mitglieder der befreundeten Organisationen und Sympathisierende können teilnehmen.

Mittelschlesien

Kampfbund gegen den Faschismus in Strehlen gegründet

Nachdem an vielen Orten bereits Gründungsversammlungen des Kampfbundes stattgefunden haben, ist auch in Strehlen nunmehr eine Ortskameradschaft des Kampfbundes gegründet worden. Die Eintrittserklärungen mehrten sich täglich. Am Donnerstag, dem 23. Oktober, um 20 Uhr, findet im Gasthof „Stadt Breslau“ bereits eine Kameradschaftsversammlung statt, zu der auch alle Sympathisierenden eingeladen sind. Bei dieser Kameradschaftsversammlung soll unter anderem auch ein Lokal und die Zeit bestimmt werden, wo täglich Eintrittserklärungen entgegengenommen werden können.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung in Strehlen findet am Donnerstag, dem 23. Oktober, im Sitzungssaal des Rathauses statt, wo unter anderem auch die Neuauswahl der Bürgermeisterpostens wird.

Aus der Partei

Achtung Ortsgruppen! Alle Ortsgruppen, die zur Revolutionsfeier einen Referenten benötigen, müssen dies unter Angabe des Tages, der Zeit und des Lokals der Veranstaltung bis zum 25. Oktober an die Bezirksleitung melden. Später eingehende Anordnungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Das Fahrgehalt für den Referenten muß von der Ortsgruppe getragen werden.

AG. Schließen der KPD.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Redaktionsteil (außer Oberleitern): Ernst Polak, Breslau; für Oberleitern: Fritz Wendroff, Gindenburg. — Für Interate: Karl Gansdorf, Breslau.

LIEBICH
Musiker
Ruf Nr. 346 48
Täglich 4 Uhr und 8 Uhr
Der Riesenfolg
Bobbie Hind
und seine Jazz-Revue
Weitere 8 Attraktionen.
Eintrittspreise 0,50 bis 3,50 Mark
Nachm. halbe Preise mit ungek. Programms

WAPPENHOR
Neue Dienstag, ab 4 Uhr sowie täglich (außer Sonnabend)
Große Familien-Nachmittags-Vorstellung
mit dem ungekürzten Spezialitäten-Programm
Philomene Linke, Koloraturängerin
Shnurps, das lebende Warenhaus
Rose Veron u. Dubois, mod. Tanzpaar
2 Athos, Könige der Ringe (prol.)
Pliz & Nasmann in ihren eigenartigen Duetten
3 Aidsos, einzig dastehender Gymnastik-Luft-Akt
Baronesse Kemeny & Lieskowsky, Solotänzer der Budapester Oper
3 Blondos, Perche-Sensation
Max Wendler, der beliebte Humorist
A. und W. Hauesstein, Jongleur und Antipodenspiele
Eintritt: Einheitspreis 30 Pfg.
Ab 8 Uhr:
Große Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen
Eintritt einschließl. Ball 50 Pfg.

Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitschriften
Rotationsdruck
Masonauflagen
prompt und preiswert

PEUVAG
Papier- Erzeugnisse
und Verwertungs-
Aktien- Gesellschaft
Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

Anna Hötzel
Strehlen, Breslauer Straße 3/4
Kleider- und Resthandlung

Deutscher Bauergewerksbund
Baugewerkschaft Waldenburg
Donnerstag, den 23. Oktob.
abends 7 1/2 Uhr
Mitgliederversammlung
in der Stadtbrauerei
Waldenburg

Oberschlesien

Bergarbeiterlöhne in Belgien und Deutschland

Gegen den Schwindel der Grubenherren

Für den belgischen Bergbau haben am 6. Oktober in Brüssel die belgischen Grubenherren mit den Gewerkschaftsbürokraten eine Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne um vier Prozent vereinbart. Ob die Bergarbeiter sich diese Herabsetzung ihrer Löhne gefallen lassen, ist noch eine andere Frage. Bereits im Juni dieses Jahres haben die belgischen Gewerkschaftsbürokraten unter Führung des bekannten Herrn Delattre mit den Grubengewaltigen eine neunprozentige Lohnherabsetzung ab 1. Juli vereinbart. Erst nach einem vierzehntägigen harten Kampfe, in dem fast 20.000 Bergarbeiter standen, gelang es dem Streikführer Delattre unter der Versprechung, daß der vereinbarte Lohnraub doch wohl nicht so ganz durchgeführt würde, dem Streik das Rüdgrat zu brechen. Es ist daher auch jetzt nicht damit zu rechnen, daß die Bergarbeiter so kampflös die Lohnherabsetzung hinnehmen werden.

Die Presse des deutschen Grubenkapitals benutzt natürlich die Vereinbarungen der belgischen reformistischen Bürokratie und der Grubenherren, um damit nachzuweisen, daß auch im deutschen Bergbau die Herabsetzung der Löhne unabwendbar sei. Sie appelliert an die deutsche Bürokratie der Bergarbeiterverbände, daß auch sie so „vernünftig“ wie die belgische sein sollte. Auch bei den Bergarbeitern in Deutschland soll dadurch die Meinung geschaffen werden, daß, wenn in anderen Ländern die Löhne abgebaut wurden, auch in Deutschland ein Bergarbeiterkampf gegen Lohnraub und für Lohnherabsetzung gemaßlos sei. Dabei wird vollkommen verschwiegen, daß die Dinge in Belgien und in Deutschland ganz anders liegen. Die belgischen Bergarbeiterlöhne richten sich nach dem Lebensindex und der Leistung der Bergarbeiter. Im Laufe des Jahres 1929 sind sie um rund zehn Prozent erhöht worden, weil die Lebenshaltungskosten anwachsen, obwohl die Leistung dieselbe blieb.

Die Löhne der deutschen Bergarbeiter haben im Jahre 1929 nur eine Erhöhung von 1,5 Prozent erfahren, obwohl Lebenshaltungskosten und Leistung weit mehr stiegen. In Oberschlesien sind die Löhne selbst nach der Statistik der Grubenbarone zurückgegangen. Seit Januar dieses Jahres fällt in Belgien der Lebenshaltungsindeks, er ist von Januar bis Juni um 35 Punkte gefallen. Deshalb vereinbarten damals die Unternehmer und Bürokraten entsprechend diesem Fallen des Lebenshaltungsindeks eine neunprozentige Lohnherabsetzung. Seit Juni ist ein weiteres Fallen des Lebenshaltungsindeks zu verzeichnen, auf Grund dessen die neue Vereinbarung getroffen worden ist.

Damit wollen wir keineswegs sagen, daß die Lebenshaltungsindeks der richtige Maßstab für die Bemessung des Lohnes sind. Auch wollen wir damit keineswegs sagen, daß eine solche Lohnberechnung auch in Deutschland eingeführt werden soll. Im Gegenteil: auch bei einer solchen Bemessung der Löhne nach dem von den Kapitalisten aufgestellten Lebenshaltungsindeks werden die Bergarbeiter genau so betrogen. Wir führen das nur an, um zu beweisen, daß die belgische Lohnherabsetzung nicht verglichen werden kann mit dem, was in Deutschland vorhanden ist.

Wie schon gesagt, erfolgte in Deutschland trotz Steigerung des Lebenshaltungsindeks im Jahre 1929 keine Lohnherabsetzung. Seit 1. Januar 1930 bis jetzt ist auch ein Fallen des Lebenshaltungsindeks in Deutschland nicht zu verzeichnen, auf das sich die deutschen Grubenherren berufen könnten. Deshalb liegt auch kein Anlaß vor, genau so zu handeln wie in Belgien. Dazu kommt noch, daß die deutschen Bergarbeiterlöhne im Laufe der Zeit von Januar bis Juni 1930 in ihrer realen Kaufkraft nicht nur durch die Steigerung der Mieten, sondern auch durch die Heraussetzung der Abzüge für die Erwerbslosenversicherung um fast 3 Prozent herabgesetzt worden sind.

Ein anderer Umstand spricht ebenfalls eine andere Sprache. Während in Belgien keine Steigerung der Leistung pro Kopf und Schicht zu verzeichnen ist, die bei den Lohnberechnungen in Belgien ebenfalls eine Rolle spielt, sehen wir in Deutschland in allen Bezirken eine Steigerung der Leistung, und zwar im Ruhrgebiet von 1635 Kilogramm im Januar 1930 auf 1618 Kilogramm im Juni 1930 im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft.

In Oberschlesien ist die Leistung pro Kopf und Schicht von 1714 Kilogramm im Januar 1930 auf 1733 Kilogramm im Februar 1930 gestiegen. Der Förderanteil für alle Arbeiter des obererschlesischen Bergbaues und damit die Ausbeutung der obererschlesischen Bergarbeiter ist also um 15 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen.

Das alles zeigt, daß die deutschen Bergarbeiter trotz angeblicher Lohnabbaues in Belgien ein Recht auf Lohnherabsetzung haben, und daß sie sich dieses Recht unter keinen Umständen durch Preisführung der gesamten Öffentlichkeit durch die Pressefakten der Grubenkapitalisten rauben lassen dürfen. Für sie gilt die Lösung:

Organisierung des Kampfes für Lohnherabsetzung!

Beschärfung des Pflichtarbeiterstreiks in Hindenburg

Hindenburg. Seit dem 7. Oktober stehen die Pflichtarbeiter im Kampf um ihre gerechten Forderungen. Hin und wieder gelingt es einigen Streikbrechern, unter dem Schutze der Polizei zu arbeiten. Da der Kreis der Wohlhabenderen in Hindenburg sehr groß ist, versucht der Magistrat weitere Unterstützungsbemüßungen zur Arbeit zu zwingen. Auch diese Lehnen die Pflichtarbeiter ab und solidarisieren sich mit den Streikenden. Die städtischen Arbeiter haben sich für den Streik der Pflichtarbeiter ausgesprochen. Sie haben die Absicht des Magistrats auf weiteren Abbau städtischer Arbeiter erlautet. Die Realitäten gegen die Streikenden haben eingeseht. Wir bringen nachstehend eine Abschrift eines Schreibens an einen Streikenden, in dem der Magistrat diesem mitteilt, daß die Unterstützung nicht weiter geht wird:

„Sie haben am 13. und 14. Oktober 1930 die Ihnen angewiesene Pflichtarbeit ohne jeden triftigen Grund verweigert. Wir weisen Sie darauf hin, daß wir Ihnen in Zukunft eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht mehr anweisen werden, da

die Unterstützung grundsätzlich von der Leistung der Pflichtarbeiter abhängig gemacht wird. (Vgl. § 19 der Verordnung über die Pflichtarbeit.)“

Der Magistrat benutzt die bürgerlich-sozialdemokratische Presse zu einer Heiße gegen die Streikenden. Der Erfolg dieser Heiße ist der, daß die Streikfront gefestigter denn je dasteht. Die Geduld der hungernden Wohlhabenderen ist zu Ende; sie sind nicht gewillt, Zuchtstrafen für die Hungerunterstützung zu leisten. Sie sind gewillt zu arbeiten, verlangen aber für ihre geleistete Arbeit tarifliche Entlohnung. Die jahrelange Erwerbslosigkeit, die auf ihnen lastet, hat sie ins unermessliche Elend hinabgestoßen. Der Gesundheitszustand ist katastrophal und ihr elend aussehender Körper ist in Lumpen gehüllt.

Die Streikenden richten an die Betriebsarbeiter den dringenden Appell, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen. Organisiert und unterstützt eure eigenen Kämpfe um die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats. Es lebe der Kampf gegen Zuchtstrafen und Hungerdiktatur, für ein menschenwürdiges Dasein!

Norths Polizeischergen sprechen dem Gleiwitzer „Ober“ ihren Dank aus!

Gleiwitz. Wir veröffentlichen nachstehend eine Notiz der städtischen Pressestelle:

„An den Oberschlesischen Polizeitag nahmen zahlreiche Beamte der k. ungarischen Staatspolizei teil, die auch in Gleiwitz weilten. Zum Führer der Ungarn, Ernő Gruber, an Oberbürgermeister Dr. Geisler aus Budapest unterm 12. Oktober folgendes herzlich gehaltenes Dankschreiben gelangte:

Hochgeachteter Herr Oberbürgermeister! Ich erlaube mir, im Namen aller meiner Reisegefährten von der k. ungarischen Staatspolizei in Budapest und für die freundliche Aufnahme und Empfang, die uns anlässlich der Oberschlesischen Polizeitage seitens des Herrn Oberbürgermeisters, der städtischen Behörden, überhaupt der ganzen Bevölkerung der Stadt zuteil wurden, auf das herzlichste zu bedanken.

Die bereitwillige Unterstützung, Ermöglichung der Besichtigung von Sehenswürdigkeiten und alles, womit die Stadt Gleiwitz, deren Haupt und Behörden uns beobacht hatten, ermöglichten im

wesentlichen unseren Besuch und machten diese Tage für uns unvergesslich.“

Die arbeitende Bevölkerung wird den Dank der ungarischen Polizeimänner an den Oberbürgermeister zu „würdigen“ wissen. Auf Kosten der wertvollen Steuerzahler fanden die Polizeischergen Norths freundliche Aufnahme und verlebten Tage, die für sie unvergesslich sein werden, das heißt auf gut deutsch, daß sie gut gegessen und gut geschlafen haben, während Tausende Proletarierkinder nicht mal ein warmes Frühstück haben. Als die Kommunisten bei den Staatsberatungen die Erhöhung der Mittel für Kinderheisungen forderten, da erklärte dieser Magistrat, daß dieses aus Mangel an Mitteln nicht möglich sei. Dies alles charakterisiert den Gleiwitzer arbeitereindlichen Magistrat mit seinem Oberbürgermeister, der bei kirchlichen Prozessionen usw. den „Mann des Volkes“ markiert. Die arbeitende Bevölkerung von Gleiwitz wird auch Geisler für sein „soziales“ Herz ihren „Dank“ abstatten!

Gleiwitz Kommunisten am 6. November auf der Anklagebank

In der Strafsache gegen Behr und Genossen wegen Verleumdung und Preßvergehen wird mitgeteilt, daß neuer Hauptverhandlungstermin am 6. November 1930, 11,30 Uhr, vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in Gleiwitz ansteht.

In der Strafsache gegen den Arbeiter Paul Hartmann aus Hindenburg wegen Hausfriedensbruchs findet die Berufungsverhandlung am 6. November 1930, 12,30 Uhr, vor der 1. Strafkammer des hiesigen Landgerichts statt. Es handelt sich um Vorgänge in der Sitzung der Hindenburg Stadtvorordnetenversammlung vom 15. Mai dieses Jahres.

Miechowitz Antifaschistische Kundgebung in Miechowitz

am Sonntag, dem 26. Oktober

Die ausländischen Delegierten der Antifa treffen um 14 Uhr in Miechowitz ein. 14,30 Uhr Ansprache mit anschließender Demonstration. Die Arbeitergesellschaft von Miechowitz und Umgegend wolle sich reichlich beteiligen.

Groß-Strehlitz Und das nennt sich Arzt!

Bosnowska. Schon des öfteren mußte mir uns über die Behandlungsweise des Dr. Hartmann aus Bosnowska im „Eisenbahner-Echo“ beschäftigen. Von den Kassennützlichern wird Dr. Hartmann als „Schuft“ bezeichnet. Bei Nacht ist der Arzt selten mal zu Hause anzutreffen. Sein Vorgesetzter, den er sich ausgezogen hat, ist der Pfarrer aus Groß-Strehlitz, dort werden Nacht für Nacht Saugelagen abgehalten. Gegen vier Uhr morgens kommt Herr Dr. Hartmann nach Hause angetorrt. Pajstert ein Unfall oder wird plötzlich jemand krank und der Arzt muß geholt werden, dann o weh, dann wird erst gefragt: „Wer hat den Arzt geholt?“ Weist kann niemand Antwort auf diese Frage geben, weil eben niemand weiß, wo sich der Arzt befindet. Es wäre seine verbammte Pflicht, irgendwas einen Bescheid zu hinterlassen, damit er im Notfall geholt werden kann. Dieser Mißstand wird durch folgenden Fall bewiesen. Am Freitag, den 10. Oktober, wurde von dem Personenzug, der von Oppeln über Bosnowska nach Beuthen fährt und um 22,45 Uhr in Bosnowska ankommt, eine Patientin von zwei Schaffnern zu Dr. Hartmann in die Wohnung transportiert. Angeblich sollte derselbe aus dem Oppelner Lazarett entlassen worden sein und nach seiner Heimatstadt Gleiwitz fahren. Auf dem Eisenbahntransport wurde er aber krank und mußte nun zum nächsten Arzt geschafft werden: nach Bosnowska. Als die beiden Schaffner mit dem Kranken bei Dr. Hartmann ankamen, fan-

Die Betriebsarbeiterinnen, die erwerbslosen Arbeiterinnen, die Hausfrauen

haben nur Aussicht auf Besserung ihrer Lage und auf Befreiung der Massenarbeitslosigkeit, wenn sie sich zusammen schließen in breiter Front mit den kampfschloffenen männlichen Arbeitern. In allen Orten müssen sie daher ungeduldig Stellung nehmen zur Wahl von Delegierten zum Reichstongreß verkörperter Frauen am 9. November



den sie die Tür des Arztes verschlossen, da er nicht zu Hause war, und mußten den Kranken vor der Tür niederlegen. Trotz des Schreies und Klagens des Kranken, „ob es denn keine Hilfe mehr gäbe“, konnte der Arzt nicht aufgefunden werden. Gegen drei Uhr morgens wurde Dr. Hartmann beim Pfarrer in Groß-Strehlitz beim Saugelagen aufgefunden. Gegen 8,30 Uhr endlich erschien Dr. Hartmann, und statt nun den Kranken sofort zu untersuchen, fragte er erst eine halbe Stunde lang „was das für einer wäre“. Schließlich schritt er doch zur Untersuchung. Nun sollte der Kranke ins Krankenhaus nach Oppeln jurid. Trotzdem Dr. Hartmann ein eigenes Auto besitzt, das zum größten Teil von der Eisenbahnkrankenkasse bezahlt worden ist, mußte ein Auto aus Kolonowka bestellt werden. Morgens, gegen 4,30 Uhr, wurde der Schwerkranke nach dem Lazarett nach Oppeln abtransportiert. Dieser Schwerkranke mußte fünf Stunden vor der Wohnung des Doktors Hartmann liegen, bis er endlich abtransportiert wurde.

Cosel Ausbeutungswerk: Oberal-Kokerei Deschowitz

Solange die Oberal-Kokerei noch Projekt war, wurde die Schaffgotsche Verwaltung hier am Orte als die humanste und förderlichste katholische Verwaltung bezeichnet. Heute ist nichts übriggeblieben als die höhnisch grinsende Frage und das immerwährende Loch eines Kapitalistenmauls. Für alte Männer und Weiber war die Hauptfrage, die Verwaltung ist eine katholische, und erzählen jedem, der es hören wollte, Schaffgotsch gibt, ehe er an den Bau der Kokerei denkt, eine Summe von 50.000 Mark zum Neubau einer neuen Veredlungsanstalt in Deschowitz. Aber diese Frommen haben vergebens auf die Schaffgotsche Gabe gewartet. Aber wie der Herr, so sein Gesell! Eine Blüte eines Kapitalistenreiches ist der Dipl.-Ingenieur Jesorski, der sich rühmt, Mexiko, Amerika und noch mehr bereist zu haben, in Wirklichkeit aber absolut keine Lebenserfahrung hat. Er arbeitet mit den schmutzigsten Methoden. Er nimmt sich junge Leute und läßt sich von diesen über jeden Arbeiter Bericht erstatten, insbesondere, ob dieser eventuell ein Kommunist ist; vor Kommunisten scheint dieses faubere Büßchen eine heillose Angst zu haben. Kommt ein Arbeiter einmal eine Minute zu spät, so droht er ihm sofort mit Entlassung. Im Hintergrunde versteht, beobachtet er die Arbeiter; erlaubt sich eventuell einmal ein Arbeiter, die Pfeife anzulucken oder seine müden Knochen ein wenig zu strecken, so kommt er plötzlich hervor und stellt den Arbeiter zur Rede, ob er hier zum Faulenzen oder zum Arbeiten wäre. Einen Gruß oder Dank für die Arbeiter leant er nicht. Eine gewisse Zeit war dieser Jesorski auch ein großer Annaberg-Pilger. Er ging jedoch nicht ins Kloster, sondern zum Gastwirt. (Wir haben nichts dagegen einzuwenden.) Er jedoch verbietet seinen Arbeitern, während der Frühstückspause in die Kantine zu gehen. Werden Arbeiter neu eingestellt, so hängt ihre Einstellung davon ab, ob sie in der Lage sind, dem Bohrmeister Laß genügend Lebensmittel zu spendieren, von denen dieser dann gemeinsam mit Jesorski ein gutes Frühstück macht.

Falkenberg

Je mehr er hat, desto mehr er will! Baumgarten. Die Gemeinde Baumgarten soll in der nächsten Zeit eine Postfiliale bekommen. Um den Posten des Vertreters bewirbt sich u. a. auch der deutschnationalistische Gemeindevorsteher Appel aus der Gemeinde. Hier könnte das Sprichwort „Je mehr er hat, desto mehr er will“ Anwendung finden, denn Appel ist der größte Landwirt der Gemeinde und bezieht als Gemeindevorsteher und Standesbeamter ein jährliches Nebenkommen von ungefähr 1000 Mark. Außerdem ist Appel ein großer Arbeiterfeind und Kommunistenfresser schlimmster Sorte. Es gibt in Baumgarten noch Bewerber, die im Postbüro schon lange tätig sind und sich für diesen Posten bestimmt jemand besser eignen wird Appel. Wir hoffen, daß die Oberpostdirektion Oppeln soviel soziales Verständnis besitzt und einem dieser Bewerber den Posten gibt.

Oppeln

Unfälle. Am Sonnabend, dem 18. Oktober, stürzten zwei Arbeiter von dem Neubau an der Falkenberg Straße. Während der eine nur eine Verplattung zu verzeichnen hatte, zog sich der andere innere Verletzungen und wahrscheinlich auch eine Gehirnerschütterung zu.

Am Sonntag stieß ein Lehrling, der seine Eltern in Kosel besuchen war, mit seinem Fahrrad in der Nähe von Oppeln mit einem anderen Radfahrer zusammen und erlitt einen Schlüsselbruch. Am gleichen Tage zog sich ein junger Mann durch Sturz von dem Karussell am alten Schützenplatz innere Verletzungen zu. Sämtlichen Verletzten wurde durch die Unfallwache der Arbeiter-Samariter erste Hilfe bzw. Abtransport ins Krankenhaus zuteil.

Sprachheilkurse. Am 21. Oktober d. J. beginnen die Kurse zur Heilung sprachkranker Schulkinder. Die Übungen finden am Dienstag und Freitag in der Zeit von 16 bis 17 Uhr in der Bogt-Schule (Schule III/V), Malapaner Straße, statt und dauern bis Ostern 1931. Sie werden geleitet in den unteren Jahrgängen von Hilfschullehrer Michalle und in den oberen von Hilfschullehrer Wartsch. Anmeldungen zu diesen Kursen werden von den Kursleitern nach entgegengenommen.

Warum wurden 48 Mann in der Sowjetunion erschossen?

Ueber dieses Thema spricht in vier öffentlichen Versammlungen am Mittwoch, dem 22. Oktober, in Karf — Donnerstag, den 23. Oktober, in Miechowitz — Freitag, den 24. Oktober, in Beuthen — Sonnabend, den 25. Oktober, in Hindenburg, Lokal Eisenr., der Sekretär der JAG, Berlin-Brandenburg, Genosse Marquardt. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten werden aufgefordert die Versammlungen zu besuchen.

Landesausschuß der JAG, Bez. Oberschlesien.

Görlitz

Die bevorzugten **Rüdiger - Gaststätten** bieten jedem das Beste!

Albert Matzke, Fischmarkt 2/3
Lederlager für Sattler und Schuhmacher

Görlitzer Bürgerbräu
in Qualität unübertroffen!

Ihre Einkäufe? Gut und billig nur im **KAUFHAUS ZUM STRAUSS**
RUDOLPH KARSTADT A.G. GÖRLITZ

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H., Berliner Str. 26
Preiswert: Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
Lack- und Farbenfachmann

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr. 6
gegenüber dem Dicken Turm
Bettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
Kleider- und Wäschestoffe / Gardinen



Die besten **Röstkaffees** sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre, Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur ersten Qualitäten preiswert und am vorzuziehbarsten bei **Alfred Klingenberg**
Komm.-Ges., Berliner Str., Ecke Hospitalstr.
Elisabethstraße, Ecke Klosterstr.
6 Prozent in Marken

Theodor Wagner, Drogenhandlung
Weberstraße, Ecke Beckerstraße

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
Uhren, Gold- u. Silberwaren - Reparaturwerkstatt

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
Elisabethstraße 1a, neben Knolle

Max Benkin, Görlitz, Jakobstr. 33
Bandagen
Leibbinden / Gummistümpfe / Fußeinlagen
Lieferant aller Krankenkassen und Genossenschaften 1408

Bruno Schulze, Untermarkt 3
1404 Wäsche, Weiß- u. Wollwaren / Herren-Artikel

Rolenthal & Groß Ausschank:
Berliner Straße Nr. 15 (Felix Printzer)
Peterstraße Nr. 4
Großdistillation und Weinhandlung

Sanitätshaus "Frauenheil"
Berliner Straße Nr. 51
1093

Fritz Lange Robfleischerei
Nonnenstraße Nr. 5
1409

Damen-Frisier-Salon K. GRIEGER
Brüderstraße 16
1514

SAMERIEN Alfred Frenzel Nachfl.
Elisabethstraße 17
1517

Kommen Sie in die **Reichs-Apotheke**, Moltkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versich. aller Krankenkassen erhalten
weitgehendstes Entgegenkommen!

Spezial-Betten-Inlettgeschäft
R. SCHOLZ, Krieschelstr. 8
Ruf 3331
Moderne Bettenreinigung
1518

E. Buder
Kolonialwaren
Lebensmittel
Rothenburger Str. 11
1826

Hüte, Mützen, Pelze
preiswert, reell
Felix Hensel
Große Kirchstraße 16
1871

Butter, Eier, Käse
Heinrich Scholz
Hospitalsstraße 4
2094

A. HAUSCH, Löbauer Str. 23
Lebensmittel
1521

Spezial-Bettengeschäft
ANNA SCHLECHT
Brüderstraße 3
Gegr. 1874 Gegr. 1874
1523

DORNS BÄCKEREI
Selomonstraße 27
Schützenstraße 17
1524

Preiswerte Backwaren
aus der

Bäckerei Teuber
Weberstraße
1413

Möbel preiswert und gut
Möbelhaus G. Popig
Ruf 1829 Mittelstr. 8a
1520

THOBERS FEINBÄCKEREI
Inh.: Aug. Marschler
Obermarkt 27
1402

Sie kaufen billig und gut im
Kolonialwarenhause SPERLING
LANDESKRONSTRASSE 8
6 Prozent Rabatt
1510

Eduard Temler
Sanitäts-Gummi-
waren-Geschäft
geogr. 1895
Damenbedienung
Brüderstraße 5
2095
Reserviert

G. Sieras
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Molkerei-Produkte
Lebensmittel
1291

L. Klimm
Bautzener Str. 41
Lebensmittel
1513

E. Stöcker
Bautzener Str. 10
Fleisch-
und Wurstwaren
1511

Spezialgeschäft für
Fleisch- und
Räucherwaren
P. STACHE
Landeskronstraße 15
1529

Max Engemann
Landeskronstr. 23
Fleisch
und Wurstwaren
1507

Fr. Kujau
Görlitz
Konsulstraße 35
Fleisch-
u. Wurstwaren
1579

RESERVIRT
1413

Willst du dich gut und billig nähren,
Muß du fleißig Milch verzehren!

Görlitzer Molkerei / Molkerei Sohneundorf / Molkerei Schlauroth
Molkerei Schönau A.-G. / Molkerei Weißbach

Grünberg

E. HERRMANN
Leinen- und Baumwollwaren
Bettfedern, Bettfedernreinigung
Berliner Straße 57
1666

MOBEL
kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17
1647

PAUL GÖTZE Tel. 88
Weine, Spirituosen, Tabakwaren
Wein- und Bierstuben
1670

R. PHILIPP
Wäsche u. Trikotagen, Holzmarktstr. 26
1671

W. GRAU
Damen-Konfektion
Ausstener-Waren
Kleiderstoffe preiswert und gut
1673

AD. WUNDERLICH
Spielwaren aller Art / Haus- und
Küchengeräte / Geschirrkunst
1677

Willy Mühle
Bäckerei
Eis- und Konditorei
Breite Straße 49
1692

Brof- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
Breslauer Straße 10 c
1608

Fritz Baumgart
Molkerei-Erzeugnisse
Berliner Straße 1
Telephon 737
1597

Herbert Schellenberg
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 10 c
1598

Reinhard Jaekel
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 25 d
1599

Furst- und Fleischwaren
Frühstückstube
Wilhelm Heptner
Niederstraße 10-11
1600

Otto Fiedler
Niederstraße 17
Hüte, Mützen, Pelzwaren
illustre Bezugsquelle
1600

**Lebensmittel-
Geschäft**
E. Nitschke
Breite Straße 14
1695

August Litzke
Beste Bezugsquelle
in Trauben-
und Beerensäften
Spirituosen aller Art
Ruf 407
Versand nach allen Orten
1594

Lederhandlung
Otto Pockrandt
Holzmarktstraße 12
Ständig fischer
Leder-Ausschnitt
Schuhbedarfs-Artikel
1608

Biochemie
Diätetik
Richard Mattern
Lessener Str. 48
1674

Kolonialwaren
Spirituosen
Tabakwaren
Joseph Andorff
Berliner Str. 83
170

Feinbäckerei
empfehlen
Reinhard Hollnack
Holzmarktstr. 20
1601

**Trinkt Grünberger
Bergschloß-Biere**
1589

ELTWI
Installationen, Apparate
Beleuchtungskörper, Niederstr. 12
1590

Modehaus Guffeld
Breite Straße 3
Ist Ihre beste Einkaufsquelle
1675

Stadtparkasse Grünberg i. Schl.
mit Bankabteilung
1581

Inserate in unserer Zeitung
haben guten Erfolg!

Arbeitskleidung
Jacken, Hosen, Mäntel
Georg Müller
Fleischerstraße Nr. 1
1687

**Grünberger Speditions-
gesellschaft m. b. H.** Tel. 372
Spedition / Möbeltransport / Kohlen
1669

„Rechnungskunde Traubenwein, lose und
in Flaschen, zu bekannt billigen Preisen“
ALBERT PIRKE
Obstweinkellerei und Weinhandlung
Burgstraße 8 / Versand nach allen Orten
1570

W. ZILLMER
Pose Nachf., Niederstraße 28
reißt, färbt,
wäscht, plättet alles
1572

GUSTAV STAUB
Beste Bezugsquelle
für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
Berufskleidung
1592

AUG. GÜRNTH, Breite Straße 1
Seit 80 Jahren bekannt als reell
und billig
1593

Fraustadt

GEORG APT
Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
Wein- und Zigarrenhandlung
FRAUSTADT / MARKT 17
Telephon 36
1920

Preiswert und gut
kauft ihr
Möbel, Teppiche
Kinderwagen bei
Max Spingarn
Zweieimerstr. 3
1519
Reserviert

S. FRANKENSTEIN & CO.
Wollwaren, Wäsche
Trikotagen, Herrenartikel
1526

Ernst Bernath Ww.
Ruf 1829
1594

P. GNEUSS ? Lebensmittel
Andersstraße 2
1600

Waldenburger Bergland Nach den Metallarbeitern die Bergarbeiter

Preisabbauwindel als Deckmantel für Lohnraub — Bürgerkriegspläne der Bourgeoisie

Prüfung, der Kanzler des schlesischen Raubprogramms gegen das Proletariat, hat in seiner Regierungserklärung mitgeteilt, daß ab 1. Dezember die Kohlenpreise um 6 Prozent gesenkt werden sollen. Er erklärte, daß die Regierung einen Preisabbau herbeiführen wolle, was jedoch nicht ohne eine gewisse Beweglichkeit der Gehälter und Löhne möglich sei. Die Preisabbau-Aktion der Brüning-Regierung ist in Wirklichkeit ein großer Schwindel, der nur notdürftig den Generalangriff auf die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten verdeckt.

Die Ankündigung zur Senkung der Kohlenpreise durch Brüning ist, wie die „Bergwerkszeitung“, das Blatt der Kohlenbarone, enthält, ein unverkennbar Vorstoß gegen die Bergarbeiter. Die „Bergwerkszeitung“ schreibt, daß „ohne eine entsprechende Lohnsenkung“ die Kohlenbarone nicht in der Lage sind, die Preisentlastung durchzuführen. Es haben mit Brüning Besprechungen stattgefunden. Brüning hat bindende Zusagen gegeben, daß die Preisentlastung von 6 Prozent mit einer Lohnsenkung von mindestens 10 Prozent durchgeführt wird. Dieser laubere Plan, den Bergarbeitern 10 Prozent des Lohnes zu rauben, soll am 1. Januar durchgeführt werden.

Die Taktik der Unternehmer und ihrer Regierung ist offensichtlich die, jetzt die Metallarbeiter in Berlin niederzurufen und dann die nächsthöhere Arbeitergruppe, die Bergarbeiter, auf die Knie zu zwingen. Die Bourgeoisie rechnet dabei offensichtlich auf die Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratischen Partei, die die Brüning-Politik unterstützen und die im Berliner Metallarbeiterkampf nichts tun, um die Arbeiter gegen die Raubpolitik des Brüningischen Diktatur-Kabinetts zu mobilisieren. Der Plan zur Abwägung des Berliner Metallarbeiterkampfes ist bereits von den Unternehmern, der Regierung und der Diktaturbürokratie gemeinsam festgelegt. Man will einige Tage eine Schwindel-Lampagne für den Preisabbau durchführen, der Arbeitsminister Stegerwald wird dann nächste Woche den Schiedsspruch mit der Begründung für verbindlich erklären, daß der Lohnraub auf Grund des bevorstehenden Preisabbaues gerechtfertigt sei. Die Schwindellampagne für den Preisabbau hat bereits eingesetzt. Brüning, der sein Regierungsprogramm und seine Erklärung mit den Industriekapitalisten und Börsenspekulanten ausgearbeitet hat, hat das Stichwort gegeben. Es besteht kein Zweifel, daß auch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die Führer der Sozialdemokratischen Partei von diesem laubere ausgehenden Planen unterrichtet sind und bei der Rollenverteilung eine entsprechende Aufgabe, die Abwägung der Streiks, zugewiesen erhalten haben.

Es ist offensichtlich, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung nicht an die Kraft der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie glauben, den Streik der Berliner Metallarbeiter abzumägen. Deshalb verstärkt sie gleichzeitig — ohne auf die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zu verzichten — ihre Bürgerkriegsaktionen gegen die streikenden Metallarbeiter. Bereits der dritte Streiktag zeigte eine erhöhte Aggressivität der Polizei gegen die streikenden Metallarbeiter. Der Überfall der demonstrierenden Arbeiter im Norden und Süden Berlins durch die Polizei Jürgelbeis sollte weitläufig größere Zusammenstöße provozieren. Das Beispiel, wie die Berliner Sensations- und Boulevard-Presse diese Polizei-

Überfälle als „Überfall der Arbeiter auf die Polizei“ aufmacht, zeigt, daß es sich hier um einen festgelegten und bis ins einzelne vorbereiteten Plan handelt.

Dieser verbrecherische Plan der Bourgeoisie und ihrer sozialistischen Lakaien entsteht auf Grund der verzweifeltsten Lage, in der sich die Bourgeoisie befindet. Nicht nur die Wirtschaftskrise, sondern auch die politische Krise verschärft sich zusehends. Obgleich Brüning im Reichstag das schlesische Raubprogramm der Bourgeoisie verkündete, herrscht zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie ein erbitterter Streit, dessen tiefere Ursachen die gerade zur Zeit der Krise besonders scharf hervortretenden Interessengegensätze sind. Die Angriffe der verschiedenen Fraktionen auf die Brüning-Regierung, auch der Fraktionen, deren Vertrauensleute in der Regierung sitzen, wie Bredt, Ediele und Curtius, sind ein charakteristisches Merkmal dafür. Die mit dem Metallarbeiterkampf eingeleitete Offensive des Proletariats macht die Lage der Bourgeoisie noch verzweifelter. Deshalb versucht sie, über alle inneren Streitigkeiten hinweg, die Arbeiter blutig niederzuschlagen. Es steht außer Zweifel — das muß die gesamte deutsche Arbeiterklasse sehen — daß sie in dem Augenblick, wo den Reformisten der abgelarvete Verrat an den Metallarbeitern nicht gelingt, den offenen Bürgerkrieg gegen das Berliner Proletariat proklamieren wird.

Diese schändlichen Raubpläne müssen die Arbeiter erkennen. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist von entscheidender Bedeutung. Werden die Berliner Metallarbeiter geschlagen, dann ist — so rechnen die Unternehmer und die Brüning-Regierung — der Weg frei, um den übrigen Teil der deutschen Arbeiterklasse schlagen zu können. Die brutale Lohnraub-Offensive wird das Glied der Arbeitermassen noch vergähren und das Heer der Erwerbslosen weiter steigern. Dagegen müssen sich alle Arbeiter mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Es gilt, jetzt überall zum Kampf zu rufen, nicht nur Sympathieerklärungen für die Berliner Metallarbeiter, sondern in jedem

Ausbeutung gegen Wirtschaftskrise

Ein Arbeiter schreibt uns aus Jiriau: Mehr oder weniger haben auch Kleinbetriebe unter dem Niedergang der kapitalistischen Weltwirtschaft zu leiden. Mit Verzweiflung wehren sich die Besitzer von Kleinbetrieben, um nicht auch ein Opfer der Wirtschaftskrise zu werden. Daß aber alles Nützen umsonst ist, beweist folgende Tatsache:

Als in Jiriau die Großbetriebe ihre Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse durchführten, nahm der Tischlerei-Kleinbetrieb eines Herrn Bednara einen beachtlichen Aufschwung. Doch allzu bald geriet auch er in die Fangarme der Wirtschaftskrise. Abgeschwächte und zahlungsunfähige Kundschaft brachten es mit sich, daß der Bednarische Betrieb unter die Aufsicht eines Konkursverwalters gestellt wurde. War nun im Laufe der Zeit die Belegschaft bis auf das äußerste zusammengeschmolzen, so wurde auch diesen Wenigen am letzten Freitag die Kündigung ausgesprochen. Ob es noch zu einer Schließung des Betriebes kommen wird, hängt von der in nächster Zeit stattfindenden Verlamung der Gläubiger des Herrn Bednara ab. Soweit ist dies nach außen hin eine allfällige Erklärung. Wir können nun aber nicht umhin, uns mit dem Treiben eines Herrn Bednara gegenüber seiner Belegschaft etwas in der Öffentlichkeit zu beschäftigen. Dieser „Chef“ Bednara ist ein Antreiber üblicher Sorte. Was ihm nicht durch offenes, robustes Antreiben ge-

Betrieb konkrete Kampfmaßnahmen, Aufstellung eigener Forderungen und Wahl vorbereitender Kampfleitungen.

Es gilt, jede Stunde zum Kampfe gerüstet zu sein!

Die Arbeiter in ganz Deutschland müssen rücken und der Offensive der Bourgeoisie, die Offensive des Proletariats entgegensteuern. Die Lösung ist: Die Betriebe kampfbereit! Auf jeden Versuch der Bourgeoisie, die Arbeiter niederzuschlagen: bei politischer Massenarbeit der Arbeiter!

Hausbesther-Mantieren

Besther. Ein sehr feiner Hauswirt ist der ehemalige Güterbesitzer der Ordnung, der Bachmeister a. D. Pantle, auf der Sandstraße 4. Dieser Hauspächter läßt es sich nicht nehmen, seine Mieter und deren Angehörige nach Strich und Faden zu schikanieren. In diesem kleinen Krawallschloßchen wohnt auch ein gewisser Mieter M., welcher dauernd diesen Schikanen des 70-jährigen Hauspächters ausgesetzt ist. Wenn die erwachsenen Kinder zu ihren schon sehr alten Eltern auf Besuch kommen, dann ist dieser Hauswirt so gemein und verbietet ihnen den Zutritt. Dieser ehemalige Güterbesitzer, der schon mit einem Meise im Grabe steht, scheut nicht davor zurück, den Mieter M. und seine Angehörigen in der gemeinsten Weise zu beleidigen, er geht sogar so weit, die alten Leute zu schlagen. Trodem der Mieter M. gewillt ist, mit ihm in friedlichem Einvernehmen zu wohnen, lehnt der famose Hauswirt Pantle es ab, sich dementsprechend zu verhalten. Er hält es aber für seine sogenannte Christenpflicht, mehrmals am Tage in die katholische Kirche zu laufen. Einen sehr „schönen“ Anblick bietet auch seine Veranda, welche von oben bis unten mit Vorhängen bemalt ist. In Wirklichkeit sind es nur alte Fetzen, die in den Lumpensack gehören. Wenn am Samstag der Mieter seine Wäsche auf dem Bleichplan abtrocknen will, so läßt er die Klöße darauf entsetzen, damit der Mieter gewungen ist, die Wäsche in anderen Häusern zu trocknen. Diese Schikanen sind nicht nur bei M. zu beobachten, sondern er hat es bereits bei den vorherigen Mietern getan. Da sich nun der Mieter M. bemüht hat, aus diesem Krawallschloßchen herauszukommen, findet sich kein Nachfolger, weil der Güterbesitzer der Ordnung im Orte zu belannt ist.

Öffentlich genügen diese Zeilen, dem ehemaligen „Ordnungshüter“ andere Mantieren beizubringen, sonst wird es Aufgabe der Mieterchaft sein, eine Aenderung auf anderem Wege herbeizuführen.

lingt, glückt ihm um so besser durch ein raffiniertes und verschleiertes System. Er hält von Zeit zu Zeit Betriebsversammlungen ab, in welchen er es ausgezeichnet versteht, die Belegschaft von seiner „Not“ zu überzeugen. Mit Hilfe seiner Klagesieder gelingt es ihm, seine Akkordarbeiter für Lohnabbau zu gewinnen. Anders verhält es sich gegenüber Arbeitern mit Stundenlohn. Ist letzteres schon in seinem Betriebe nicht einheitlich, so läßt er bei der wöchentlichen Lohnabrechnung dem Stundenarbeiter die eventuell geleisteten Überstunden streichen mit der Aeußerung: „Wem es nicht paßt, der soll gehen.“ Ein Kapitel für sich ist die Arbeitszeit in diesem Betriebe, mit Einschluß der nicht unwichtigen Zeilingsfrage. Erwähnt soll noch sein, daß die von Herrn Bednara gepflogene „Interessengemeinschaft“ mit seiner Arbeitnehmererschaft die folgerichtigsten Blüten getragen hat. Es haben von Zeit zu Zeit „Betriebsvergütungen“ stattgefunden. Die Finanzierung dieser Vergütungen lag selbstverständlich den Besuchern ob. Lediglich spendierte der Chef Bednara einige Schoppen für die Betriebsangehörigen. Interessant war das letzte Vergütungen dieser Firma insofern, als dort ein „Auch-Arbeiterführer“ (mit der silbernen Ehrennadel des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ausgezeichnet) die Kassiererergüsse und die Dankrede an den Herrn „Chef“ Bednara erdichtete. Eine weitere Kritikierung des „Auch“-Arbeiters in Verbindung mit Herrn Bednara wollen wir der Zukunft überlassen, und hoffen wir, daß vorläufig obige Zeilen zur Beachtung des Bednarischen Betriebes genügen.

Den Schluß der Landtagsrede des Genossen Wollmeber bringen wir aus Raummangel morgen.



Für die streikenden Wohlfahrtsarbeiter in Gleiwitz

wieder als „Menschen“ zu bewegen, die Arbeiter nicht mehr auf die Saufgelage der Bonzen mit ihren Damen aufmerksam zu machen und auch nicht mehr daran zu erinnern, daß das „Bonzenhotel“ von Arbeitergeldern der Gewerkschaftsblößen erbaut wurde. Auch verzichten wir im voraus scheinlich, bei gegebener Zeit Gleiches mit Gleichem zu vergelten! Wir wollen niemand mehr beim Freibleiben oder Sekt kören, trinken im Zukunft nur noch Wasser oder (wenn es unger Gehalt erlaubt) ein Glas Bier bei den uns freundlichen Gastmitten! Im übrigen empfehlen wir allen, die es angeht, recht langsam zu schlucken, sonst müssen die Polstermädel gar bald wieder gereinigt werden. Zum Schluß danken wir allen für die Unterstützung unserer Arbeit.

Niederschlesien

Görlitz

Nazi-Provokationen am Marienplatz

Die hitlerigen Nazis werden immer frecher und dreister. Um ihrer Frechheit die Krone aufzusetzen, haben sie nunmehr am Marienplatz eine „Schattabode“ für ihren wölfischen Mit eröffnet, und zwar haben sie eine Zeitungsbude aufgeschlagen, wo der Spießer sämtliche Sorten Klotzpapier für seinen arischen Hintern erwerben kann. Die Arbeiterchaft hat kein Verständnis für ein derartiges Sichdreitmachen der Nazis und hätte diesen Burichen schon am ersten Tage auf die Bude gekümmert, wenn nicht eine starke Polizeitruppe dauernd zum Schutze neben derselben gestanden hätte. Die Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß auch hier am Orte die Bäume dieser Burichen nicht in den Himmel wachsen. Hunderte von Arbeitern belagerten diese Bude und verlangten die sofortige Entfernung derselben, und wenn der Magdtrick nicht von sich aus dafür sorgt, daß dieses wölfische Katzenhähnchen schleunigst verschwindet, so darf sich niemand wundern, wenn die Arbeiterchaft zur Selbsthilfe greift, und diese Burichen samt ihrer Bude zum Teufel jagt. Die Polizei benachm sich wie immer frech und rabiat und veruchte vergeblich den ganzen Platz zu räumen; sie schleppte verächtlich Arbeiter zur Wache, die sich weigerten, denselben zu verlassen.

Arbeiter, ihr geht diesen Burichen die alte Antwort, indem ihr in die kommunistische Partei eintrittet und viele Nordwest des Reiches ausbreiten helft.

Sagan

Keinen Lohn, viel Schuften und noch Badpfeifen!

Wir wollen in nachstehendem das Verhalten des „noblen“ Herrschers Reichs Scholz in Kupper bei Sagan ein wenig beleuchten:

Dem bei Sch. beschäftigten Familienknecht wurde gelündigt, und der Arbeiter Kaschke als Ederbedienter entlieh man. Franzlein Kaschke begab sich am Donnerstag, dem 16. Oktober, in die Stadt, um sich nach der Ablauf ihrer Kündigungsfrist eine Dienstmädchenstelle zu beschaffen. Herr Scholz wollte ihr jedoch keinen Urlaub geben, vielmehr erklärte er, daß könne sie an einem Regen-tage erledigen, worauf ihm das Mädchen erwiderte, daß sie keine Zeit zu verlieren habe, sonst sei sie dann ohne Stellung. Sie ging einem Fahrrad nach und verprügelte sich selbst. Die Polizei ergriff sie also zur Wache. Rutenstrich fuhr ihr der Grobian Scholz auf

einem Fahrrad nach und verprügelte sie unter Empörung der inzwischen hinzugelommenen Leute. Das Mädchen begab sich nun nach der Stadt und wandte sich um Schutz und Hilfe an den Erwerbslosen-ausschuß. Außerdem war sie gezwungen, sich auf das Konto der Mißhandlungen in ärztliche Behandlung zu begeben.

So werden junge Mädchen ausgebeutet: man vorenthält ihnen auch noch das kümmerlich verdiente Geld und mißhandelt sie oben-drin noch. Pflü Teufel, so ein geminderter Schand!

Das wahre Gesicht der Wochenhilfe!

Auch in Sagan ist es, wie wir unterrichtet sind, so üblich, daß die verächtlichen Konfessionen und rationalistischen Klubs und Vereine gefällige Zuwendungen seitens der Stadt erhalten, um damit ihrliche Liebe dokumentieren zu können.

Ein Bild von ihrer Wirklichkeit. Die Frau eines Wohlfahrts-erwerbslosen hat kürzlich ihr zweites Kind entbunden und belam seitens der Fürsorgeschwester Eka eine „Herrschafft“ angewiesen, die ihr etwas kräftige Wochenmahrung verschreiben sollte. Die Frau jedoch erklärte, nicht kochen zu können, da sie erholungsbedürftig sei. Der Mann der Wöchnerin wandte sich nun wieder an die Schwester Eka, und diese wies ihm eine andere Stelle an. Die „gnädige“ Frau war verneint und das Dienstmädchen mag wohl selber nicht genügend zu essen gehabt haben. Es wurde eine dritte Stelle zugewiesen. Als die sogenannte Herrschafft nun den Erwerbslosen sah, wies man ihn sofort die Tür. Die „Dame der Gesellschaft“ erklärte: „Sie habe selbst nichts zu essen!“ Inzwischen war nun eine Woche ohne irgendeinen Erfolg verstrichen und die Wöchnerin fand selbst wieder auf, um sich von ihren ärztlichen Wohlfahrtsgrößen etwas zu kochen. Das ist das wahre Gesicht der Wochenhilfe im bürgerlich-kapitalistischen Staat!

Bunzlau

SPD-„Sieg“ über die Kommunisten!

„Die SPD in Bunzlau siegreich vorwärts!“ schrieb der „große“ Ratifizier in der kleinen „Volksstimme“ am 15. September. Zu unserer größten Bestürzung müssen wir zugeben, daß ihr (der SPD) nimmehr der „größte Sieg“ gelungen ist: nämlich die Kommunisten sind aus dem „Volksbause“ rausgeschmissen! Wir bitten demütig unter Tränen“ um Wiederaufnahme und versprechen: Uns

Weiße Zähne: Chlorodont